

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien

Politix

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien



Eine kritische Auseinandersetzung
mit dem so genannten "Gedankenjahr 2005"

ipw

20 | 2005

inhalt

	Editorial/Impressum	3
Schwerpunkt „Hintergedanken 2005“	Programm zur Ringvorlesung „Hintergedanken“	4
	„Ein Jubiläumsjahr muss auch weh tun“ von Astrid Entlesberger	5
	Welche Gedanken? von Katharina Zahradnik.....	6
	Angerichtet! Warum Hintergedanken... durchaus Sinn machen von Petra Bernhardt	7
	Das Bedenkjahr von Siegfried Mattl.....	8
	Wer feiert was warum? von Anton Pelinka	9
	Überlegungen zum „Gedenkjahr 2005“ von Brigitte Bailer-Galanda	10
	Von der Normalitätsdebatte zur „Normalposition“ des Erinnerns von Georg Spitaler	12
	Will Wien eine lebendige jüdische Kultur? von Ruth Kager	14
	Keine Überarbeitung von Thomas König	16
	„Im Hause des Henkers vom Strick reden“ von Matthias Falter	18
Intern	Freier Hochschulzugang - für wen? von Gudrun Hauer	22
	Bachelor, Master, ECTS: Alles neu ab 2006 von Astrid Entlesberger	24
	Dieter Segert - ein Portrait von Ruth Kager	26
Aktuell	SEAS - South East Asian Studies von Sabine Putzgruber & Erwin Schweitzer	28
	Die Abteilung Politikwissenschaft am IHS	29
Inter- national	„Komm`, besuchen wir mal die Revolution!“ (Reisebericht Kuba) von Markus Wolschlager	30
	NY 2005 (Reisebericht) von Christian Haddad und Franz Brugger	33
Stichwort- verzeichnis	Stichwort: konservativ von Michael Hasenöhl.....	36
	Buch- vorstellung Demokratie und Kritik von Katharina Zahradnik.....	38

Liebe Leserinnen

I und Leser,

im aktuellen Jahr hat die Bundesregierung das so genannte „Gedankenjahr“ ausgerufen. Natürlich haben auch wir in der Politix-Redaktion nachgedacht, was es mit diesem Denken und Gedenken auf sich hat. Als die drei großen Eckdaten werden vor allem 60 Jahre Kriegsende (8. Mai 1945), 50 Jahre Staatsvertrag (15. Mai 1955) und zehn Jahre Europäische Union (1. Jänner 1995) genannt.

Das Wort „denken“ geht etymologisch auf die slawische Bedeutung „wiegen“ zurück – im Französischen ist noch die ähnliche Herkunft von penser (denken) und peser (wiegen, abwägen) erkennbar. Es geht also beim Denken (auch) darum, Argumente und Sachverhalte nach einem pro und contra abzuwägen, verschiedene Perspektiven und Sichtweisen zuzulassen. In diesem Sinne wird im aktuellen Politix-Schwerpunkt zu den Österreich-Feierlichkeiten 2005 ein bewusst kritischer und politikwissenschaftlich-analytischer Zugang angestrebt.

Katharina Zahradnik fragt in ihrem Beitrag zunächst, warum und wie mensch sich politikwissenschaftlich mit diesen Feierlichkeiten beschäftigen kann und soll. Der Innsbrucker Politikwissenschaftler Anton Pelinka legt seine Position ebenso dar, wie der Wiener Historiker Siegfried Mattl.

Neben dem traditionellen Heftschwerpunkt starten wir außerdem mit einer neuen Serie: Im Stichwortverzeichnis von Michael Hasenöhl wird im ersten Teil der Serie der Begriff „konservativ“ beleuchtet. Ausführliche Informationen finden sich diesmal natürlich auch wieder über institutsbezogene Neuerungen: Ruth Kager stellt den neuen Professor Dieter Segert vor und welche Neuerungen der Studienplan für das Wintersemester 2005/06 bringt, hat Astrid Entlesberger herausgefunden.

Unserer besonderer Dank gilt diesmal der Öffentlichkeitsarbeit- und Lobbyingfirma Ecker&Partner, mit deren Spende wir die Druckkosten decken konnten.

Eine vergnügliche Lektüre wünscht
das Politix-Redaktionsteam

Wien, im Oktober 2005

IMPRESSUM:

HerausgeberIn:

Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Redaktionsteam:

Dworzak Alexander, Jancso Benedikt, Kager Ruth, Mittersteiner Martin, Sauer Birgit, Wolschlager Markus, Zahradnik Katharina, Zupanich Gerti

Kontakt: Birgit Sauer

ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

T: 4277-47712, F: 4277-47719,

e-mail: birgit.sauer@univie.ac.at

Layout & Cover: Martin Mittersteiner - www.mcm.at.tt

Herstellung: Institut für Politikwissenschaft (ipw),

Auflage: 1000 Stück sowie Onlinepublikation unter

www.univie.ac.at/politikwissenschaft/

Offenlegung gem. §25 MediengG.:

MedieninhaberIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Blattlinie: Politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten, sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politik.Wissenschaft

Programm zur Ringvorlesung „Hintergedanken“

Montags 18:30 - 20:00, Hörsaal 33, Hauptgebäude Universität Wien

11. Oktober 2005

Einführung

Birgit Sauer und Karin Liebhart

Öffentliches Gedenken und Erinnern als strategische Ein- und Ausblendungen

17. Oktober 2005

Aspekte einer hegemonietheoretisch orientierten Theorie des Gedächtnisses

Oliver Marchart

24. Oktober 2005

Tücken der Erinnerung, Listen des Vergessens: Austrofaschismus

Siegfried Mattl

31. Oktober 2005

Erinnerungspolitik und ihre Inszenierung: Deutschland und Österreich im Vergleich

Karin Liebhart und Petra Bernhardt

7. November 2005

Rückstellung und Entschädigung

Brigitte Bailer-Galanda

14. November 2005

PartisanInnen

Tina Leisch

21. November 2005

Die Untersuchung von TV-Sendungen zum Thema Nationalsozialismus und Holocaust

Vrăăth Öhner

Selbstinszenierer und Identitätsstifter

28. November 2005

Populismus und Sportstars

Georg Spitaler

5. Dezember 2005

Bildschirmfamilien. Zur Performativität des Privaten in der 2. Republik.

Monika Bernold

Entwürfe zur Dekonstruktion des nationalen Identitätskonzepts und Formationen des Widerstands

12. Dezember 2005

Geschlechteridentitäten und Frauenbilder der II. Republik

Erika Thurner

9. Jänner 2006

Queer Identities

Marty Huber

16. Jänner 2006

Zum Kampf um eine adäquate anti-nationale Positionierung

Ljubomir Bratic

23. Jänner 2006

Reflexionsrunde

Birgit Sauer und Karin Liebhart

30. Jänner 2006

1. Klausurtermin

mehr auf

<http://birgitsauer.org>

„Ein Jubiläumsjahr muss auch weh tun“

Von inszenierten Feierlichkeiten und politischen Minimalstandards

Von Astrid Entlesberger

McDonald's verteilt doch keine Care-Pakete und auch die aufwendig geplante „Bombardierung“ Wiens wurde auf ein Minimalprogramm reduziert. Dennoch hat das Jubiläumsjahr, das Österreich 2005 von der Bundesregierung verordnet wurde, allerlei kuriose Programmpunkte aufzuwarten: Wiederaufbau-Menüs in ausgewählten Gasthäusern, Gemüsegärten am Heldenplatz und ein Balkon auf Reisen.

Zehn Jahre Mitgliedschaft in der EU, 50 Jahre Österreichischer Staatsvertrag, 60 Jahre Gründung der Zweiten Republik – 2005 ist Jubiläumsjahr. Grund für einen kollektiven historischen Rückblick gibt es genug. Die Eckdaten der neueren österreichischen Geschichte zu feiern, sollte allerdings auch ein Angebot zur Auseinandersetzung beinhalten. Anton Pelinka formuliert es so: „Ein Jubiläumsjahr muss auch weh tun, um echtes Nachdenken zu provozieren.“ (1) Es lohnt sich die Frage zu stellen, wie in diesem Jubiläumsjahr mit Geschichte und Vergangenheit umgegangen wird und ob etwas zu feiern auch dessen Thematisierung und Aufarbeitung bedeutet.

„Der Standard“ sieht im Jubiläumsjahr inzwischen ein „Bedenklichkeitsjahr“: Auf umstrittene Aussagen wie die des „Deserteurs-Experten“ Siegfried Kampl und des „Gaskammern-Experten“ John Gudenus hin könne man nur noch über die Minimalstandards dankbar sein, die es beiden versagt haben, weiter im Bundesrat zu bleiben bzw. dessen Vorsitz zu übernehmen. (2)

Trotz des aufwendig organisierten Feierlichkeiten-Programmes der Bundesregierung findet das Jubiläumsjahr in der Bevölkerung wenig Resonanz: Im April 2005 war das „Jubiläumsjahr“ nur knapp der Hälfte der ÖsterreicherInnen ein Begriff. (3)

Das Wissen um den Zweiten Weltkrieg ist gerade im Jubiläumsjahr auf einem Tiefpunkt: Von den unter 30-Jährigen ordnen nur zwei von drei den Begriff „KZ“ richtig ein, „Holocaust“ sagt bloß 44 Prozent etwas, „Warschauer Ghetto“ nur jeder/m Dritten. (4) Für viele ÖsterreicherInnen gibt es auch im

Jubiläumsjahr nichts zu feiern: Homosexuelle Opfer des Nationalsozialismus warten in Österreich nach wie auf ihre Rehabilitierung und auf einen Rechtsanspruch auf Entschädigung nach dem Opferfürsorgegesetz. (5) Der politische Wille, das zu ändern, scheint trotz aller Feierlichkeiten nach wie vor nicht vorhanden zu sein.

Das Jubiläumsjahr hat viele Facetten. Politikwissenschaftlich interessant erscheinen jedoch vor allem die, die im Programm der inszenierten Feierlichkeiten nicht aufscheinen.

Astrid Entlesberger

Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

Internet-Tipps:

www.oesterreich2005.at:

Das offizielle Programm zum Jubiläumsjahr

www.oesterreich-2005.at:

Die Satire zum Gedenkjahr

www.bundeskanzleramt.at:

Broschüren und Programme online zu bestellen

Quellen:

(1) zitiert nach Jürgen Kremb: „Jubelnd in den Wahlkampf“, in: Der Spiegel, 1/2005, Seite 90

(2) „Das Bedenklichkeitsjahr“, in: Der Standard, 10. Juni 2005, Kommentar von Eva Linsinger, Seite 32

(3) „Jubiläumsjahr kaum ein Begriff“, auf: ORF Online, <http://oesterreich.orf.at/oesterreich.orf?read=detail&channel=1&id=374458> (4.4.05)

(4) „Man hört so viel von Hitler“, in: Profil 17, 25. April 2005, von Edith Meinhart, Seite 32

(5) „Gedenkjahr 2005: Lesben und Schwule haben wenig zu feiern“, auf: Österreich 2005 <http://oesterreich-2005.at/txt/1105559873>

Welche Gedanken?

Von Katharina Zahradnik

Prinzipiell ist es niemals verkehrt, wenn sich Regierende Gedanken machen. Insofern ist ein von Bundeskanzler Schüssel ausgerufenes „Gedankenjahr“ zunächst durchaus begrüßenswert. Doch so sehr der Ausdruck „Gedankenjahr“ ein besinnliches, freies Zusammentragen von Gedanken zur Geschichte Österreichs suggerieren soll, so wenig kann er über die Tatsache hinwegtäuschen, dass eine von Regierenden beabsichtigte Gedankenreise stets auf bestimmte Ziele gerichtet ist.

Aber nun zur Zielrichtung der Gedankengänge in diesem Artikel: Es soll hier darum gehen, weshalb und in welcher Weise die laufenden Jubiläumsfeierlichkeiten aus politikwissenschaftlicher Perspektive so interessant sind.

Das weite Feld der möglichen Herangehensweisen an das Thema lässt sich in einem ersten Schritt mit folgenden Fragen gut eingrenzen: Einerseits die Frage danach, welche Ereignisse im Rahmen der Feierlichkeiten warum und wie thematisiert werden. Andererseits die Frage danach, welche Aspekte dadurch vernachlässigt oder überhaupt verdrängt werden. Im Verlauf des Jahres haben zahlreiche kritische Stimmen, insbesondere im Rahmen der Aktionsplattform „www.oesterreich-2005.at“, darauf aufmerksam gemacht, welchen Diskussionen die Feierlichkeiten sich gerade nicht stellen. Die hier geforderten Debatten sind unter anderen jene danach, warum Österreich nie durchgreifend entnazifiziert wurde und warum rechtmäßig verurteilte österreichische Nazi-Verbrecher durch politische Interventionen begnadigt wurden. Oder welche eigentlich die historischen Wurzeln des immer noch aktuellen Ortstafelstreits in Kärnten sind. Die Befassung mit der Ausblendung bestimmter Themen aus dem öffentlichen Diskurs ist wichtig. Denn letztendlich haben diese Ausblendungen immer auch konkrete Auswirkungen auf konkrete menschliche Schicksale.

Aber welche Themen waren es nun eigentlich, die im Rahmen des „Gedankenjahres“ im Vordergrund standen? Werfen wir einen Blick auf die von der Regierung zum Jubiläumsjahr in Auftrag gegebene und im Zentrum der Feiern stehende Eventreihe „25 Peaces“. Diese Eventreihe umfasste 25 Projekte, die mit viel finanziellem und medienwirksamem Aufwand zum Nachdenken anregen sollten. Dabei fällt auf, dass im Mittelpunkt dieser Projekte vor allem folgende Inhalte standen: das Leiden unter den Kriegsfolgen und die Not und Armut in der Nachkriegszeit. So sollten beispiels-

weise im März Licht-Ton-Installationen in der Wiener Innenstadt dem Bombardement österreichischer Städte im Jahr 1945 gedenken. Ein anderes Projekt erinnerte anhand von Kühen im Garten des Schloss Belvedere daran, dass dieser Garten in der Nachkriegszeit landwirtschaftlich genützt werden musste. Auch am Heldenplatz gedachte man anhand eines Gemüsebeets daran, dass nach dem Krieg jeder Fleck Erde beackert werden musste.

Eingangs wurde die Behauptung aufgestellt, dass das „Gedankenjahr“ auf bestimmte Ziele gerichtet sei. Es ist kein Geheimnis, dass staatliche Jubiläumsfeiern dazu da sind, um anhand gewisser Anhaltspunkte eine Identifikation der Bevölkerung mit dem Staat zu bewirken. Offensichtlich soll das „Gedankenjahr“ 2005 uns folgenden Anhaltspunkt geben: Mit viel Mühe und tüchtiger Aufbauarbeit hat das notleidende Österreich der Nachkriegszeit es zu einem reichen Land in der Gegenwart geschafft.

Diese Fokussierung auf die Aufbauleistung der Nachkriegsgesellschaft lenkt den Blick nicht nur erfolgreich von den historischen Ursachen der Entbehrungen der Nachkriegszeit ab, sondern interessanterweise auch von jenen politischen Ereignissen, die den Jubiläumsfeiern eigentlich zum Anlass dienen. Denn schließlich feiert die Regierung dieses Jahr unter anderem „60 Jahre Republik“. Weit und breit sind aber gerade hierfür wenige Indizien zu erblicken. Der Staatsvertrag wird anlässlich seines 50jährigen Jubiläums schon mehr thematisiert. Bemerkenswert ist dabei, dass auch hier weniger bis gar nicht die politischen Ursachen und Implikationen des Staatsvertrags im Vordergrund stehen. Vielmehr wird die Erlangung des Staatsvertrags als erstes Glanzstück in der Erfolgsstory des Nachkriegs-Österreichs inszeniert.

Das Jubiläum „60 Jahre Republik“ wäre eine gute Gelegenheit gewesen, um die Einrichtung demokratischer Strukturen zu feiern und die Bedeutung dieser politischen Strukturen zu thematisieren. Es wäre auch eine gute Gelegenheit dazu gewesen, in einem demokratischen Sinne zu einem kritisch-konstruktiven Nachdenken über den Zustand dieser Strukturen einzuladen. Doch Demokratie und Republik scheinen nicht willkommene Anhaltspunkte für eine Identifikation zu sein.

Katharina Zahradnik

Redaktionsmitglied und Studienassistentin am ipw

Angerichtet!

Warum Hintergedanken zum Gedankenjahr durchaus Sinn machen.

von **Petra Bernhardt**

Ab und zu blinzelt die Kuh in die Sonne, während sie gemächlich an einem Büschel Gras kaut. Das Gemüsebeet gleich daneben wirkt gepflegt, hier hält man seinen Garten in Ordnung. Gleich wird Johnboy Walton um die Ecke biegen und zum Gebet rufen. Fast Mittag, gesegnetes Brot.

Wer annimmt, bei dieser idyllischen Kulisse handle es sich um ein Setting aus der Serie „Die Waltons“ oder um einen Spin off von „Unsere kleine Farm“, der irrt. Denn das Ganze spielt sich nicht irgendwo in Iowa ab, sondern in unmittelbarer Nähe unseres Elfenbeinturms, im Garten von Schloss Belvedere. Was das soll? Die Regierung feiert. Wen das interessiert? Schwer zu sagen.

Glaubt man einer Umfrage, die das „market“-Institut für das Nachrichtenmagazin profil durchgeführt hat, so stößt das feierliche Brimborium nur auf mäßiges Interesse. In der Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren zeigt sich sogar jede/r Dritte desinteressiert (profil 21, 23. Mai 2005).

Die Strategie, die AdressatInnen in nationalistischer Anrufung durch falschen Kollektivplural zu einem unfreiwilligen „Wir“ zusammenpacken, scheint nur schleppend aufzugehen. Wenige rot-weiß-rote Fahnen wehen jenen Mitgliedern der Bundesregierung entgegen, die am 15. Mai – dem Republikfesttag schlechthin – die legendäre Balkonszene nachstellen. Zur Not applaudiert man sich eben selbst. Viel Bizarres, viel Inszeniertes, viel Gestelltes, mit dem die Wenigsten etwas anzufangen wissen, das Ganze schön verpackt zu „25 Peaces“, die sich unter viel Häme in ihre Einzelteile zerlegt wieder fanden. Zum Vergessen!

Zum Vergessen? Weiße Kreuze und eingemauerte Denkmäler und große Reden. Was da wie zufällig an Feierlichem daherkommt, hat – so wahnsinnig es anmutet – Methode. Welche Geschichtsdeutung transportiert wird, wenn in erster Linie der Nachkriegsjahre und ihrer sprichwörtlichen „Erfolgsgeschichte“ gedacht wird, welcher Opfer man sich erinnert, wenn man weiße Kreuze aufzustellen gedenkt, darüber wurde bereits viel geschrieben.

Dennoch lohnt es, sich der Strategien und Erwartungen zu vergegenwärtigen, die diesen Inszenierungen den Weg bereiten. Armin Thurnher nannte es ein „Hintergedankenjahr“,

mit dem wir es da zu tun haben, und zu dem er lakonisch bemerkte: „Es ist unmöglich, sich dem Gedankenjahr zu entziehen, und ebenso unmöglich, gedankenlos mitzudenken“ (Falter 1-2/2005).

In diesem Sinn thematisiert eine transdisziplinäre Ringvorlesung im kommenden Wintersemester auf Initiative der DiplomandInnengruppe Birgit Sauers verschiedene Identitätsentwürfe, wie sie im so genannten „Gedankenjahr“ aufs Tapet kommen und kamen. Aus kritischer Perspektive werden Entwicklungslinien und Strukturen zwischen verordnetem Gedächtnishintergrund, institutioneller Selbstvergewisserung und subjektiver Erinnerung rekonstruiert und von politikwissenschaftlicher, hegemonietheoretischer, filmwissenschaftlicher und historischer Seite analysiert. Dabei soll es nicht nur um Formen öffentlichen Gedenkens und Erinnerns gehen, sondern vor allem um die darunter liegenden Strategien von Ein- und Ausblendung, um die Konstruktion von Identitäten und Alteritäten, um strategische Vereinnahmungen und Ausschlüsse, aber auch um Formationen des Widerstands. Den gemeinsamen Fluchtpunkt bilden die Rollen der involvierten AkteurInnen, ihre Interaktionsmuster sowie die Interessen, aus denen heraus Politik Gesellschaft gestaltet.

Die Lehrveranstaltung richtet sich nicht nur an Studierende, sondern möchte im Sinne ihrer offenen Konzeption auch eine interessierte Öffentlichkeit ansprechen. Anstelle einer schriftlichen Klausur besteht die Möglichkeit, kleine „Forschungsprojekte“ zu einschlägigen Ausstellungen und Veranstaltungen einzureichen.

Petra Bernhardt

Diplomandin und Projektmitarbeiterin am IPW

Literatur

Menasse, Robert 2005: Das war Österreich oder: Wie die sogenannte Wenderegierung dem Land das Grab schaufelt. Im Jubeljahr 2005: Bericht über eine Verlüderung. In: Die Presse Spectrum, 26. Februar 2005.

Rauscher, Hans 2005: Die Sache mit der österreichischen Nation. In: Der Standard. 7./8. Mai 2005.

Thurnher, Armin 2005: Ein Hintergedankenjahr. In: Falter. 1-2/2005.

Das Bedenkjahr

oder die Konstruktion der Nation als Publikum

Von Siegfried Mattl

Oftmals infrage gestellt, gilt doch Pierre Noras „Les Lieux de mémoire“, erstmals publiziert 1984, als Schlüsseltext für eine neue, eine doppelte Perspektive auf die Geschichte. Nicht mehr die aus vergangenen Vorfällen konstruierte Ereigniskette bildet an sich „die“ Geschichte, vielmehr sind es die Knoten, die sich an den Schnittmengen von historiografischer Tradition und kollektiven Erinnerungen formieren. Wiewohl, und dies macht die Ambivalenz von Noras Idee aus, die sie an eine sentimentale historische Gefühlslage bindet: die „lieux de mémoire“, d.h. Fragmente oder Monumente für unterschiedliche Erinnerungsgemeinschaften, entstehen dort, wo die nationale große Erzählung als dominante Form, Geschichte zu denken, zerbrochen ist.

Der Begriff „Bedenkjahr“, der für die Zelebrierung von 60 Jahren Befreiung, 50 Jahre Staatsvertrag und zehn Jahre EU-Beitritt gewählt worden ist, scheint aufs erste dieser Ambivalenz Rechnung zu tragen. Er sollte, wie es in frühen Erläuterungen hieß, eine kritisch-reflexive Programmatik für die Feiern zum Ausdruck bringen. Allein: von jenem konstitutionellen Pluralismus, der Noras Konzept zugrunde liegt und der, wie mir scheint, gerade in einer Zeit der supranationalen Integrationsprozesse angemessen ist, findet sich weit und breit keine Spur. Was sich statt dessen eingestellt hat, ist die Mimikry historiografischer Aussagen, die zur Ereigniskette der großen Erzählung – die success-story der Zweiten Republik – zurückführt.

Man müsste das „Bedenkjahr“ antithetisch fassen und eine ganz andere Geschichte, oder auch eine Geschichte der Anderen andeuten. Um noch einmal Paul Ricoeur und seine Überlegungen zu einer sich selbst beschränkenden Geschichtspolitik aufzugreifen: man müsste von den „Kosten“ der jeweiligen nationalen Erfolgsgeschichten ausgehen, von den Kosten, die sie jenen auferlegt haben, gegen die dieser Erfolg gerichtet war (bzw. die darin keinen Platz gefunden haben): gegen die Kolonisierten, gegen die Minoritäten, gegen die

Abweichenden, wenn man will auch: gegen die Schwachen ... „Bedenken“ hieße beispielsweise: wie konnte es dazu kommen, dass in den 50er und 60er Jahren so viele Jugendliche wie nie zuvor kriminalisiert, hospitalisiert und interniert worden sind; wie konnte es dazu kommen, dass in den 70er Jahren vor den Augen der Sicherheitskräfte und der Medien die Rechte der minoritären Sprach- und Volksgruppen im wahrsten Sinne des Wortes mit den Füßen getreten werden konnten; wie konnte es dazu kommen, dass 1999 ein Asylsuchender ums Leben gebracht wurde und das öffentliche Mitgefühl jenen Behördenvertretern galt, unter deren Aufsicht das Opfer stand?

Der österreichische Bundeskanzler gab bei der Präsentation des Programms die Grundlinien vor: 2005 gilt der Repräsentation der österreichischen Identität und der Offerierung von „Heimat“. Es geht, selbst auf trivialste Art wie in den „25 pieces“ und der Umwandlung des Belvedere-Gartens in eine Kuhweide, um die Inszenierung von Gefühlen. Und an diesem Punkt käme wieder Pierre Nora ins Spiel, denn um welche Identität und um wessen Gefühlslagen bemüht man sich? Das am meisten Augenscheinliche am „Bedenkjahr“ 2005 ist die Leere, auf die man trifft, sucht man nach den Repräsentationen und der Partizipation derjenigen sozialen Gebilde, deren Ensemble man mangels eines besseren Begriffs als „civil society“ bezeichnet. Nur dem „Glücksfall“ rechtsradikaler Aussprüche politischer Funktionsträger ist es zu verdanken, dass die tiefe Spaltung, die das Land dreimal in kurzen Abständen – 1938, 1934, 1945 – erfasst hat und wiederum genuine und nach wie vor politisch brisante „Erinnerungsmilieus“ hat entstehen lassen, zu Tage tritt. Denn der Tenor, der das „Bedenkjahr 2005“ beherrscht, ist der einer Gemeinschaft der vor-politischen Konsumenten: der Konsumenten eines politischen Spektakels einerseits, insofern die Geschichte der Zweiten Republik als Kette der Haupt- und Staatsaktionen präsentiert wird; und der Konsumenten als neuer Typus des Staatsbürgers, insofern

die „imagined community“ – oder sagen wir etwas altertümlich: das Volk – vornehmlich als Stil-Gemeinschaft und als Publikum vorgeführt wird. Aber wie sollte es auch anders sein. Hayden White hat vom „modernist event“ gesprochen und damit gemeint: im 20. Jahrhundert „zählt“ nur, was im Augenblick von den Massenmedien registriert wird. Es ist eine akustisch-visuelle Welt, in die wir eingetreten sind, und in dieser stoßen wir im Rückblick auf das Punktum, das sich in den Bildern aufspart. Ohne die Vermittlung von konkurrierenden Erinnerungs-Milieus, die erweiterte Deutungen dieser Bilder anbieten, bleibt die Wirkung des Punktums intim und emotionell, es verweist auf nichts als das Vergangene selbst. Oder der sentimentale Effekt fällt als Bonus den Erzählern der „großen“ Geschichte zu, die gerade daraus die sinnvolle Arbeitsteilung: hier die

strategisch bemühten Regierenden, dort das bescheidene Glück der Regierten performieren.

Würde es nicht genügen, mit einem einmaligen Staatsakt der Diktatur der „runden Zahl“ zu genügen? Nicht dort, wo die Vergangenheit und die Umschreibung der Geschichte Stoff und Mittel der aktuellen Politik sind.

Siegfried Mattl

Universitätsdozent für Neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte sowie stellvertretender Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte und Gesellschaft

Wer feiert was warum?

Zur politischen Funktion des Gedankenjahres

Von Anton Pelinka

Österreich hat es mit den Jahren, die mit der Ziffer 5 enden: 1945, 1955, 1995. 2005 bietet also jeden nur denkbaren Anlass, jedem (jeder) zumindest etwas zu geben: Den ModernisierungsgewinnerInnen 10 Jahre EU-Mitgliedschaft; den AntifaschistInnen 60 Jahre Freiheit von der Nazi-Diktatur; und allen, die in keine der beiden Gruppen passen, ja allen überhaupt, 50 Jahre Staatsvertrag. Denn der 15. Mai 1955 ist ein Tag, an den alle gerne erinnert werden: Diejenigen, die noch immer finden, der Nationalsozialismus hätte auch seine guten Seiten gehabt, feiern den Abzug der Alliierten und den Wiedereintritt auch der schwer belasteten „Ehemaligen“ in die österreichische Politik; diejenigen, die eine Teilung Österreichs nach deutschem Muster gefürchtet hatten, freuen sich darüber, dass diesem Szenario mit dem Staatsvertrag die Grundlage entzogen worden war; diejenigen, die als PatriotInnen Österreich endlich von der die Souveränität beschränkenden Präsenz der Besatzungsmächte befreit sehen wollten, sehen im 15. Mai die längst schon fällige voll-

le Umsetzung der Moskauer Deklaration vom 1.11.1943.

Die Erinnerung an die Befreiung 1945 und an den EU-Beitritt 1995 spaltet. Die Erinnerung an den Staatsvertrag verbindet. Der Staatsvertrag ermöglicht den BürgerInnen des Landes, sich als „einig Volk von Brüdern“ (und Schwestern) zu sehen. Der Staatsvertrag trägt so zum „nation building“ bei.

Dabei drohen einige Fragen unbeantwortet zu bleiben:

- die Frage nach dem Stellenwert der ja ebenfalls 1955 erklärten „immerwährenden Neutralität“, die zwar (fast) niemand in Österreich als völker- und verfassungsrechtliches Institut abschaffen will, der aber ebenso (fast) niemand noch irgendeine erkennbare Funktion in der internationalen Politik zuzuschreiben vermag;
- die Frage nach der rhetorischen Duplizität des Leopold Figl Zitats „Österreich ist frei“:

Warum musste dieses Land, das schon 1945 von Figl für „frei“ erklärt worden war, 1955 nochmals als „frei“ deklariert werden?

- die Frage nach der Opferrolle Österreichs, wie sie 1943 von den Alliierten formuliert worden und 1945 in die Unabhängigkeitserklärung aufgenommen worden war – und in die sich 1955 offenkundig auch die eingeschlossenen fühlen konnten, deren Opfer Österreich bis 1945 gewesen sein sollte;

Überhaupt, der überschäumende Patriotismus dieses Gedankenjahres! Er deckt zu, was widersprüchlich ist: Das Lob der österreichischen Staatsmänner – mögen sie nun Renner und Figl, Raab und Schärff, Gruber und Kreisky heißen – dieses Lob droht die internationale Dimension der Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik zuzudecken: 1945 war möglich, weil die Alliierten Hitler-Deutschland militärisch besiegt hatten; 1955 war möglich, weil eine neue sowjetische Führung Signale einer außenpolitischen Flexibilität in Richtung Washington schickte; 1995 war möglich, weil das Ende des Kalten Krieges das Neutralitätspolitische Hindernis weggeräumt hatte, das einem österreichischen EU-Beitritt bis dahin entgegenstanden war.

Österreichs Politik hatte mit diesen Entwicklungen eigentlich immer nur sekundär zu tun – als Reagieren auf Entwicklungen, die ohne Österreichs Zutun zustande gekommen waren. Die österreichische „Staatskunst“, schon

gar nicht der (weinselige) österreichische „Charme“ hatten damit nichts zu tun – sehr wohl aber eine gehörige Portion Glück, das mehr mit Österreichs geopolitischer Lage als mit Österreichs Politik zu tun hatte.

Der Patriotismus, der dieses Gedankenjahr begleitet, ist wohl unvermeidlich – und sollte deshalb auch nicht aus Gründen einer puritanischen politischen Moral zurückgewiesen werden. Der österreichische Patriotismus hatte ja einmal eine progressive Funktion – er war die Antithese zum österreichischen Deutschnationalismus, der ganz wesentlich dieses Land für den Nationalsozialismus anfällig gemacht hatte. Dass nun auch die Deutschnationalen zu Österreich-PatriotInnen geworden sind, ist allerdings ambivalent: Das zeigt den Erfolg dieses 1945 und danach polarisierenden Patriotismus, den die wahren Deutschnationalen ursprünglich heftig abgelehnt hatten; das zeigt aber auch die aktuelle Unverbindlichkeit, ja Harmlosigkeit dieses Patriotismus: Wenn Jörg Haider Österreich-Patriot geworden ist, dann hat der Patriotismus seine Trennschärfe verloren und so seine historische Aufgabe erfüllt. Der Österreich-Patriotismus ist so letztendlich überflüssig geworden.

Anton Pelika

Professor am Institut für Politikwissenschaft in Innsbruck

Überlegungen zum „Gedenkjahr 2005“

Von Brigitte Bailer-Galanda

Ende 2004 bereits ließen die großen Ankündigungen zahlreicher „Events“ für 2005 Schlimmes befürchten. Kommentatoren sahen große Inszenierungen der Bundesregierung auf die ÖsterreicherInnen zukommen, der Bundeskanzler werde sich in der Tradition der bekannten ÖVP-Politiker Leopold Figl und Julius Raab sonnen wollen. Zwei Ausstellungen sollten dem Thema Staatsvertrag gewidmet sein, beide warfen in HistorikerInnenkreisen ihre Schatten lange schon voraus. Doch anstatt reger öffentlicher Beteiligung

und Diskussionen lief das „Gedenkjahr“ ruhig, abseits besonderer publizistischer Anteilnahme ab. Die einzigen Medienereignisse stellten die ns-apologetischen Aussagen zweier ehemals freiheitlicher Bundesräte dar, die den offiziellen Veranstaltungen die Show stahlen. Für eine aufmerksame Beobachterin und (berufs- bzw. funktionsbedingt) Teilnehmerin an etlichen lokalen Gedenkveranstaltungen bleibt aber der Eindruck einer Zeitreise in die siebziger bzw. erste Hälfte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Die ausschließliche Fokussierung auf die Daten 1945-1955 und - noch weniger beachtet - 1995 und die damit verbundene Ausblendung von Vor- und Nachgeschichte bedingte Geschichtsbetrachtung anhand von Zäsuren und stellte das erste Nachkriegsjahrzehnt außerhalb des historischen Kontextes. Dies ermöglichte eine Umgehung unangenehmer Fragestellungen und weiter führender Diskurse. Dazu einige Beispiele:

Die Ausblendung der Vorgeschichte ersparte Fragen nach dem Jahr 1933/34, das 2004 im Parteienkonsens im Rahmen einer Veranstaltung im Parlament abgehandelt worden war. Gleichzeitig bleiben die damit repräsentierten Spannungen zwischen ÖVP und SPÖ weiterhin im Bereich des Tabus, oder wie Pelinka einmal formulierte, des „verdrängten Bürgerkriegs“, zeigen nichtsdestotrotz aber Wirkung im politischen Alltag.

Ebenso wird die Geschichte des Nationalsozialismus übergangen, es enthebt das Publikum davon, sich mit der Beteiligung von ÖsterreicherInnen an NS-Verbrechen auseinander zu setzen, eine Analyse der Ursachen für die Situation 1945 wird vermieden. Damit wird Geschichtsbetrachtung reduziert auf die Besatzungsmächte und die Einschränkung der österreichischen Souveränität durch den Alliierten Rat. Schon vom NS-Regime propagandistisch vorbereitete Angst vor den sowjetischen Soldaten konnte angesichts tatsächlicher oder vermeintlicher Untaten derselben ungebrochen weiter tradiert werden, sodass so manche Gedenkveranstaltung 2005 den Eindruck hinterließ, die wahren Verbrechen hätten die Sowjets begangen, nicht die Nationalsozialisten in den Jahren davor. Die mit großem Medienrummel angekündigten „25 peaces“, um die es seither eher ruhig wurde, zementierten diese Sichtweise: Den Auftakt bildete ausgerechnet am 12. März die Erinnerung an das Bombardement 1945, nicht etwa an die Ausschreitungen gegen Jüdinnen und Juden sowie politische Gegner am selben Tag des Jahres 1938. In einem Folder wurde der Bombenkrieg über Österreich bedauert, auf das Bombardement von Graz durch die „königlich-jugoslawische Luftflotte“ im April 1941 hingewiesen, gleichzeitig verschwiegen, dass wenige Tage zuvor die Deutsche Luftwaffe vorwarnungslos Belgrad angegriffen hatte, was 15.000 Menschenleben gefordert hatte.

Auf diese Weise fand eine Wiederbelebung längst überholt geglaubter, in weiten Teilen der Bevölkerung aber offensichtlich persistierender Geschichtsmymen statt: Die unschuldigen ÖsterreicherInnen als Opfer der Bomben und der alliierten Besatzung, die wie eine unerklärliche Naturkatastrophe über das klei-

ne, friedliebende Land hereingebrochen waren und die ohne Berücksichtigung der Vorgeschichte unverstänlich bleiben müssen.

Das Jahr 1945 - außerhalb des Kontexts gestellt - wurde so wiederum zur „Stunde Null“, jede politische, gesellschaftliche und ideologische Kontinuität dabei außer Acht gelassen, die in Wahlergebnissen, einem Fortleben von Antisemitismus oder Antiziganismus ebenso zum Ausdruck kommt wie in den Biographien der Akteure der jungen Republik.

Weiter noch - die Darstellung des Besatzungsjahrzehnts umging die Frage nach dem Zeitpunkt der Befreiung: fand diese denn nun 1945 mit dem Ende des Nationalsozialismus statt oder etwa doch erst 1955 mit dem Ende der Besatzungszeit, wie nicht nur Rechtsaußenkräfte der Blauen und Orangen meinen. So manche Gedenkveranstaltung ließ diese Frage - ob bewusst oder unbewusst - einfach offen.

Beinahe spurlos scheinen die Ergebnisse der zeitgeschichtlichen Forschung der letzten Jahre und letzten beiden Jahrzehnte am öffentlichen Bewusstsein vorbei gegangen zu sein. Politiker von SPÖ und ÖVP bekannten zwar die Mitverantwortung von ÖsterreicherInnen an NS-Verbrechen ein, allerdings ging man dann sehr schnell zur Nachkriegszeit über. Selbst der Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus stand im Zeichen des Selbstlobes der Republik. Galt es doch 10 Jahre Nationalfonds zu feiern, dessen unbestrittene Verdienste hier nicht geschmälert werden sollen, trotzdem hätte dieser Tag im „Gedenkjahr“ auch unter ein anderes Motto gestellt werden können.

Die Historikerkommission zur Erforschung von Vermögensentzug in der NS-Zeit und Entschädigungspolitik nach 1945 präsentierte heuer die vollständig publizierte Reihe ihrer Forschungsberichte. Diese böten eine Überfülle an Material zu einer kritischen Auseinandersetzung auch mit Österreichs Nachkriegspolitik gegenüber Opfern und Tätern. Diese Chance wurde vertan, auch die wissenschaftliche Rezeption bleibt - trotz einer Reihe von Lehrveranstaltungen zum Thema, die das Institut für Politikwissenschaft dankenswerterweise ermöglichte - über weite Strecken aus.

Das Gedenkjahr nähert sich langsam seinem Ende - seien wir froh, dass es keinen großen Schaden angerichtet hat. Und im Oktober wird die neue Dauerausstellung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes - finanziert von der Stadt Wien im Gedenkjahr - ausreichend Gelegenheit zu einer Auseinandersetzung mit Vorgeschichte, NS-Zeit und Geschichte danach bieten.

Brigitte Bailer-Galanda

Von der Normalitätsdebatte zur „Normalposition“ des Erinnerens:

Ein skizzierter Vergleich der Republiksfeiern 1995 und 2005

Von Georg Spitaler

Republikjubiläum: Eine Gruppe von prominenten KunstvermittlerInnen und JournalistInnen organisiert für den Vorabend des 27. April mit Unterstützung des ORF einen öffentlichkeitswirksamen Event auf dem Heldenplatz. Nein, die Rede ist nicht von den „25 Peaces“-Proponenten, sondern von André Heller, Peter Huemer und weiteren Vertretern des „anderen Österreich“. Wir schreiben das Jahr 1995, gedacht wird des 50. Jahrestages der Gründung der Zweiten Republik. Statt eingemauerten Denkmälern und Kartoffeläckern treten bei diesem „Fest der Freiheit“ Medienintellektuelle und andere öffentliche Persönlichkeiten auf, von Kurt Ostbahn bis Salman Rushdie. Die Veranstaltung ist bewusst breitenwirksam angelegt, was sich an mitwirkenden Künstlern wie Falco, den Sängerknaben oder den Zillertaler Schürzenjägern zeigt. Peter Turrini hält eine Rede, die sich an den Täter des kurz zuvor verübten Attentats von Oberwart richtet, und er mutmaßt, dass es „einer großen Anzahl von Österreichern gleichgültig oder recht (ist), wenn wieder einmal ein paar ‚Zigeuner‘ tot auf der Erde liegen“.

Auch zehn Jahre später befinden wir uns in einem Gedenkjahr. Aus der Sicht der politischen Kulturforschung erfüllen öffentliche Rituale wie das „Gedankenjahr 2005“ nicht zuletzt den Zweck, den „manifesten Bereich von politischer Kultur“ im Rahmen politischer Auseinandersetzungen neu zu definieren; gerade „durch jene oft geschmähten ‚Sonntagsreden‘, die den Rahmen des ‚man‘ immer wieder neu festschreiben.“ (Andreas Dörner) Um die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der heurigen Feiern zu erkennen, lohnt sich der Vergleich mit der Vergangenheit. Im Mittelpunkt der symbolischen Aktivitäten des offiziellen Österreichs im Jahre 1995 stand nicht zuletzt die Verteidigung eines Status Quo: Bestimmte Spezifika politischer Kultur in der Zweiten Republik wurden gegen den radikaloppositi-

onellen Angriff der FPÖ unter Jörg Haider in Schutz genommen. 2005 sitzen Haiders Männern in der Regierung. Doch nicht Haider ist Kanzler, sondern Wolfgang Schüssel, und der lange Zeit „unaufhaltsame Aufstieg“ der Freiheitlichen scheint Geschichte.

Analysiert man jene Reden, die Regierungspolitiker wie der damalige Kanzler Franz Vranitzky im April und Mai 1995 hielten, so offenbart sich, dass hier noch einmal auf Selbstbilder und Erzählungen der Zweiten Republik Bezug genommen wurde, die ansonsten zunehmend unter Druck geraten waren: Vor allem das Vermächtnis der Gründerväter, aber auch der Wiederaufbau bzw. die Erfolgsstory der Zweiten Republik waren in so gut wie allen Gedenkreden präsent. Dies galt auch für den Konsensualismus als Inbegriff politischer Aushandlungsmechanismen in Österreich. Im richtigen Setting wurde diese politische Harmonie als Kampfbegriff gegen die Systemangriffe der FPÖ und das Schlagwort der „Dritten Republik“ eingesetzt.

Nicht nur offizielle Diskurse über die Zweite Republik verfügten 1995 über den Referenzpunkt der „Dritten Republik“, auch in kritischen Intellektuellendebatten wurde gerade darüber diskutiert, wie der Aufstieg der FPÖ vor dem Hintergrund einer ansonsten nicht zuletzt von der Politikwissenschaft diagnostizierten „Entaustriifizierung“ österreichischer politischer Kultur (Anton Pelinka) bzw. der angeblichen Annäherung des politischen Systems an westeuropäische Normen einzuschätzen wäre. Robert Menasses Essay „Ein verrücktes Land“ (Falter 41/1995) wurde dabei zum Auslöser einer „Normalisierungsdebatte“, die vor dem Hintergrund der vorgezogenen Wahlen im Dezember 1995 geführt wurde.

2005 stellt sich das politische Feld verändert dar. Heuer wird der Geburtstag der Republik

just von einer Regierung gefeiert, die, so Robert Menasse, diese Zweite Republik in vielerlei Hinsicht „zu Grabe getragen hat.“ (Die Presse 26.2.2005) Die Erfolgsstory Österreichs wird dennoch weiterhin beschworen, wenngleich mit anderen Schwerpunktsetzungen.

Ins Zentrum der Feiern ist heuer der Staatsvertrag gerückt. Dies mag einerseits dem „runden“ 50. Jahrestag geschuldet sein, verweist aber auch auf einen deutlichen Unterschied zum Jahr 1995: Damals blieb er, vermutlich nicht zuletzt wegen seiner Verknüpfung mit der österreichischen Neutralität, weitgehend am Rande der öffentlichen Inszenierungen. An dieses langjährige Kernelement politischer Kultur nach 1955 zu erinnern erschien, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des österreichischen EU-Beitritts und damit einhergehender neuer sicherheitspolitischer Orientierungen, offenbar als prekär.

War es 1995/1996 die „Ostarrichi-Urkunde“, die im Rahmen der Feiern zu „1000 Jahre Österreich“ als authentisches Schlüsseldokument der Nation dargestellt wurde, so wird heuer der Staatsvertrag, nicht zuletzt im Rahmen von zwei großen Ausstellungen, als verspätete „Gründungsurkunde“ der Zweiten Republik gefeiert.

Einem Erschütterungsprozess war in den letzten beiden Jahrzehnten auch die österreichische „Opferrolle“ - als offizielle staatliche Doktrin und Gründungsmythos der Zweiten Republik - ausgesetzt. Seit den späten 1980er Jahren enthalten auch Reden von Regierungspolitikern den Verweis auf die Beteiligung „vieler Österreicher“ an den Verbrechen der Nationalsozialisten. Nach wie vor gestaltet es sich aber schwierig, eine gemeinsame österreichische Perspektive der Ereignisse vor und nach 1945 zu präsentieren - zu unterschiedlich waren die Betroffenheiten, Verantwortlichkeiten und Lebensgeschichten, was sich etwa an der Frage von Befreiung oder Niederlage offenbart. Dies galt 1995 und es gilt noch heute. In dieser Hinsicht ermöglicht es offenbar gerade der Opferbegriff, eine gemeinsame österreichische Erfahrung zu konstruieren - auf die Gefahr hin, aus vielen Tätern wieder Opfer zu machen: „Ich ehre alle Opfer dieser unseligen Periode, gleichgültig, ob sie unter der Zivilbevölkerung oder unter den Soldaten zu beklagen waren“, so Bundespräsident Heinz Fischer in seiner Festrede im Redoutensaal am 27. April 2005.

Trotz aller verdienstvollen HistorikerInnen-Konferenzen und Ausstellungsprojekte des Jahres 2005 scheint eine gewisse Gefahr zu bestehen, dass, gerade in den auf Populari-

sierung angelegten Events des „Gedankenjahres“, eine „Normalposition“ der Erinnerung konstruiert wird, die sich mit den Begriffen „Kriegsgeneration“ bzw. „Wiederaufbaugeneration“ oder „Trümmerfrauen“ verbindet (die Wehrmacht, der Luftschutzbunker, Not und Besatzung als Erfahrungsraum), und die die zentralen Opfergruppen des Nationalsozialismus an den Rand der Erinnerung drängt.

Dies führt zurück zu den „25 Peaces“, jenen von Georg Springer und Wolfgang Lorenz unter wohlwollender Patronanz des Bundeskanzlers konzipierten Interventionen im öffentlichen Raum. Von insgesamt 25 ursprünglich geplanten Projekten widmen sich genau zwei dem NS-Regime, noch dazu mit teils erschreckend naiver Formensprache. Der Rest versucht, „den nicht vom Krieg betroffenen Generationen“ (<http://www.25peaces.at/>) den Alltag in den letzten Kriegstagen und der Besatzungszeit zu veranschaulichen, um schließlich einen Bogen zur Europäischen Einigung zu spannen.

Die Gedenkfeiern des Jahres 1995 gingen alles in allem kaum in ein „politisches Alltagsbewusstsein“ (Karin Liebhart) ein. Anders verhielt es sich mit den Aktivitäten zu „1000 Jahre Österreich“ im Jahr danach. Heuer scheint die Bundesregierung stärker als 1995 darauf bedacht, das Jubiläumsjahr zu einem öffentlichen Ereignis zu machen. Dies gilt aber auch für ihre zahlreichen Gegner, die die politischen Wortmeldungen und Programmpunkte kritisch verfolgen (vgl. z.B. die Plattform „Österreich-2005“, <http://www.oesterreich-2005.at>). Ob das „Gedankenjahr 2005“ zu einem „populären Ereignis“ wird, ist dabei noch nicht ausgemacht.

Will Wien eine lebendige jüdische Kultur?

Von Ruth Kager

Die Wellen schlagen hoch, doch fast niemand bemerkt es. „Braucht Österreich eine lebende jüdische Kultur?“ An der Frage scheiden sich die Geister, und ich frage mich warum. Die Antwort scheint einfach zu sein, doch soll sie nicht Holocaust und dessen Wiedergutmachung heißen. Denn eine Wiedergutmachung gibt es nicht. So einfach ist es also nicht, Antworten auf längst überfällige Fragen zu finden. Und wenn ich an dieser Stelle von überfälligen Fragen spreche, dann meine ich die Antwort lautet ja.

ein Symbol für eine tatsächliche Öffnung der österreichischen Gesellschaft sein könnte. Als solches Projekt stellt Warren Rosenzweig, Direktor des JTA, seine Initiative dar: „The initiative suggests hope for the future of diversity and responsibility in Austria.“ (www.jta.at) Im Ablegen von Lippenbekenntnissen zugunsten der jüdischen Kultur bewiese man Talent, doch für die Unterstützung ihrer Entwicklung werde kein Finger gekrümmt. (Illustrierte Neue Welt 2003) Es stellt sich also nicht unbedingt die Frage,



Foto: Juri Tscharyski, Jüdisches Theater Austria, 2004

Am 11. Juni 2005 wurde diese Frage in der Kunsthalle am Wiener Karlsplatz diskutiert. Dazu eingeladen hatte das „Jüdisches Theater Austria“ (JTA), das nunmehr bereits seit vier Jahren um die Reetablierung eines jüdischen Theaters im Nestroyhof kämpft – ohne Erfolg. Die Podiumsdiskussion in der Kunsthalle sollte der so genannten „Nestroyhof-Initiative“ neuen Aufschwung verleihen. Doch die Resonanz in den Medien war äußerst gering. Bei all dem Trubel um das Jubiläumsjahr scheint untergegangen zu sein, was im Gegensatz zu einer fraglichen Inszenierung von Geschichte

ob Österreich eine lebendige jüdische Kultur braucht. Hierfür sollte es eine klare Antwort geben. Vielmehr geht es darum, ob man die Entfaltung einer österreichischen jüdischen Kultur unterstützen und ihr Raum bieten will. Anträge an die Stadt Wien, sowohl für eine Renovierung des Nestroyhofs als auch für eine ständige Subventionierung des Theaters finanzielle Mittel zu bekommen, wurden bisher jedoch abgelehnt. Es sei kein Geld vorhanden, heißt es von öffentlicher Hand. (www.jta.at) Doch viel eher als an Ressourcen, mangelt es wohl am politischen Willen.

Auch das „Jüdische Theater Austria“ wird weder von der Stadt Wien noch vom Bund unterstützt. Der Nestroyhof – ein vom Architekten Oskar Marmorek im Jahre 1898 realisiertes Jugendstilgebäude – könnte das JTA, das über kein eigenes Haus verfügt, beherbergen. Bis zum Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland fungierte das in der Praterstraße im 2. Bezirk gelegene Gebäude als Spielstätte internationaler Ensembles. Eigene Produktionen wurden auf Deutsch, Jiddisch und in anderen Sprachen aufgeführt und hatten, so Rosenzweig, auch durchaus gesellschaftskritischen Charakter: „Not merely entertainment, but communication and even protest were courageously emphasized, as in the 1937 bilingual – German and Yiddish – production of Arnold Zweig’s „Die Sendung Semaels“, about the ritual murder accusations against Jews in late 19th Century Hungary.“ (www.jta.at)

Das NS-Regime bedeutete dann die Schließung und Arisierung des Theaters, das im Jahre 1950 seinen rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben, dann aber ein zweites Mal „arisiert“

wurde. „The Nestroyhof bears the relatively uncommon distinction of having been „Aryanized“ a second time by the Polsterers (with the cooperation of public officials) in „post-Nazi“ Austria in the year 1951.“ (www.jta.at)

Die rechtmäßigen Besitzer seien in einem Vergleich gezwungen worden, das wertvolle Gebäude für eine Entschädigung von lächerlichen 3.500 Schilling herzugeben. So kam es dazu, dass das für 250 Personen Platz bietende Theater bis in die 90er Jahre unbemerkt blieb und jahrzehntelang als Supermarkt genutzt wurde. Hinzugefügte Wände hätten das Theater jedoch nicht nur vor Blicken, sondern auch vor seinem Verfall geschützt. Nun steht das Gebäude schon seit Jahren leer und beherbergt in den früher als Kulturzentrum genutzten Kellerräumen unter dem Theatersaal Hakenkreuz-Schmierereien. Trotz Zusicherungen auch an JournalistInnen wurden die NS-Symbole noch nicht vollständig entfernt. (www.ceiberweiber.at)

Ob die Odyssee dieses historischen Gebäudes ihr Happyend finden wird, muss sich noch zeigen. Ohne kulturpolitisches Wohlwollen wird dies aber kaum möglich sein. Dass bisher kein Entgegenkommen gezeigt wurde, kann wohl auch auf die österreichische Geschichtspolitik

der vergangenen (?) Jahrzehnte zurückgeführt werden. Die mangelhaften und widerwilligen Restitutionsen von geraubtem, jüdischen Besitz, die scheinbar nicht nur die Nachkriegszeit kennzeichnen, stehen in direktem Zusammenhang mit Österreichs Selbstdarstellung als erstes Opfer des Nationalsozialismus. Ein Opfer muss nämlich nicht Verantwortung übernehmen. Ob dieses stark euphemistisch geprägte Geschichtsbild tatsächlich überwunden wurde, machen nicht nur jüngste Aussagen im Bundesrat fraglich. Gerade die bisher erfolglose „Nestroyhof-Initiative“ zeigt, dass noch Nachholbedarf vorhanden ist. Doch noch scheiden sich die Geister an der Frage, ob und in welcher Form sich die österreichische Gesellschaft durch ihre kulturelle Vielfalt bereichern will.



Foto: Juri Tscharyski, Jüdisches Theater Austria, 2004

Braucht eine lebendige jüdische Kultur ein jüdisches Theater? Sowohl im Podium als auch im Publikum wurde bei der Diskussion in der Kunsthalle kein Konsens gefunden. (www.ceiberweiber.at) „Ein internationales, interkulturelles Zentrum für darstel-

lende Kunst mit den Themenschwerpunkten jüdische Erfahrung, Identität und Werte“ (www.jta.at) in der Leopoldstadt zu etablieren, scheint eine zu befremdende Vorstellung zu sein. Doch warum diese Befremdung? Schließlich hat das 1999 gegründete „Jüdische Theater Austria“ bereits mit Erfolg demonstriert, wie ein solches Theater aussehen würde. So zeigte die Produktion „Pessach – Ramadan“, wie verschiedene Traditionen zweier Kulturen in einem Theaterstück zusammengeführt werden können. „Dass das Jüdische Theater Austria das Fest der Befreiung der Israeliten aus Ägypten mit der islamischen Besinnungszeit auf Geduld, Verzicht und Läuterung vernetzt, ist hoffnungsvoll.“ (Kleine Zeitung 2003)

Die bei dieser Produktion beteiligte SchauspielerIn Inge Maux brachte die Kontroverse bei der Podiumsdiskussion auf den Punkt: „Braucht Österreich nicht den Input der Juden, und nicht nur der Toten?“ (volksgruppen.orf.at) Es gilt, sich zu entscheiden und klare Antworten zu geben.

Ruth Kager

Studentin am ipw und Redaktionsmitglied

Keine Überarbeitung

von Thomas König

Man hat mich gebeten, einen Artikel zum „Gedenkjahr“ 2005 für die vorliegende Ausgabe von „politix“ zu überarbeiten. Der Artikel ist im November des letzten Jahres in der Zeitschrift MALMOE erschienen und versuchte eine polemische, ironisch-distanzierte Auseinandersetzung mit dem, was damals vage so aussah, dass es im Rahmen der pompös angekündigten Gedenk- und Jubiläumsfeierlichkeiten auf „uns“ zukommen möge. Es freut mich natürlich, wenn mein Beitrag ein zweites Mal abgedruckt werden soll. Aber: Ich habe den Text aus diesem Anlass nochmals gelesen, und ihn hoffnungslos veraltet vorgefunden.

Nicht, dass etwa der „Austrokoffer“ jetzt „Landvermessung“ heißt und angeblich ein „sehr interessantes Projekt“ (Robert Menasse) geworden ist, lässt den Novemberartikel so alt aussehen. Aber es ist alles noch viel schlimmer gekommen, als ich es mir erwartet hätte. Schlimmer für alle Beteiligten: die offiziellen Veranstalter, jene, die bereitwillig mitfeiern, die KritikerInnen und die (nicht unbedingt unbeteiligten) BeobachterInnen. Diese Aussage bedarf erklärender Worte; ich möchte zugleich versuchen, den Grund für diese doch unerwartete Entwicklung herauszufinden. Als „Erfolgsgeschichten einer ideologischen Missgeburt“ habe ich im November auf einige Ambivalenzen der 2. Republik aufmerksam zu machen versucht. Genauer gesagt, habe ich versucht, bekannte Schnipsel aus der „Vorberichterstattung“ zu den Gedenk- und Jubiläumsfeierlichkeiten mit einigen (Un-)Wahrheiten aus dem nationalen Mythos der österreichischen Geschichte zu kreuzen.

Nun muss aber das ganze Erinnern – in der maßgeblichen Diktion der VP eine nationalheilige Dreifaltigkeit aus „Gedenken“ – „Gedanken“ – „Jubiläum“ – aus Sicht der VeranstalterInnen als komplett gescheitert angesehen werden. Als „Gedenkjahr“ hat die Erinnerungsinszenierung bisher genau so wenig „funktioniert“ wie als „Jubiläumsjahr“. Das lag und liegt weniger an der Inszenierung selbst als an den politischen Rahmenbedingungen. Jedes Mal, wenn die Regierung und ihre christlich-soziale Partei einen Festakt lostreten wollten, traten sie sich etwas ein. Die Herren Gudenus und Kampl erwiesen sich für Schüssel, Morak und Co. als ein erinnerungspolitisches Duo Infernale, Timing und Prägnanz, mit denen sie ihre Aussagen vortrugen, dürfte den offiziellen StaatsrepräsentantInnen schlaflose Nächte bereitet haben. Wenn das Erinnern in der

Politik als Inszenierung eingesetzt wird, um (auch) das Vergessen zu fördern, so spielen die genannten Herren wirklich eine interessante Rolle: haben sie doch nicht unwesentlich beigetragen, dass das zu Übergehende souverän in den Mittelpunkt gestellt wurde.

Ein zumindest indirektes Problem auch für jene, die mitfeiern, denn sie haben im offensichtlichen Vertrauen, dass die Chose nicht allzu peinlich wird, den Profit einfahren wollen. Profit in Form von Prestige, Ansehen, medialem Aufsehen oder auch nur in Form von Geld. Das grandiose Scheitern der „25 peaces“ in der Wiener Innenstadt etwa, wo der „Steffel“ auch ein zweites Mal nicht im Bombenhagel entflammen wollte, ist dafür nur Signum. Peinlichkeiten wie der Streit um eine Broschüre, die die staatstragende Belvedere-Ausstellung begleiten sollte und wenige Tage nach dem Druck auf Verlangen eines Geldgebers, Hannes Androsch, wieder eingestampft werden musste, weil sie eine „Themenverfehlung, bereits vom Denkansatz ein Missverständnis“ darstelle. Niemand will im Nachhinein dafür verantwortlich sein, auch nicht das Ausstellungskuratorium. Die wissenschaftliche Prominenz, die sich darin tummelt, hätte sich das aber vielleicht vor der Drucklegung überlegen können. So aber, ätzen KritikerInnen, wird nur die politische Einflussnahme der GeldgeberInnen deutlich.

Haben dann also wenigstens die KritikerInnen etwas zu lachen? Fast sieht es so aus. Gegen den nationalen Konsens gerichtet, den das „Gedenkjahr“ aufbauschen möchte, hätten sie sich über die Fehlschläge zu freuen, hin und wieder eine sarkastische Meldung einzustreuen und ansonsten zu genießen. Jedoch sind die braunen Wolken, die gleichsam alles nationale Gedenken, alle von staatlicher wie von Seiten des Feuilletons losgetretenen Gedanken, alles regierungsnahen Jubeln überschatten, für sich genommen schon ein Problem. Die, von denen es immer schon gewusst wurde, stellen sich selbst als „Unverbesserliche“ bloß. Über das, was da hochkommt, kann sich allerdings niemand freuen. Denn es bedeutet ja, diese banale Wahrheit muss ausgesprochen werden, dass noch nach 60 Jahren die postnationalsozialistische Tradition augenscheinlich kein Ende gefunden hat.

Daraus resultiert ein eigentümliches Problem der KritikerInnen insgesamt wie auch der dezidierten Anti-2005-Initiative: sie befinden

sich in einer rein defensiven Haltung, warten auf das, was da noch (schlimmer) kommen mag. Leon Zelman, der kein Kritiker ist, aber der sicher eine kritische Grundhaltung gegenüber einem österreichischen „Gedenkjahr“ hat, brachte es in einem Interview neulich auf den Punkt. Er sei schlicht „entsetzt, wie das Jubiläumsjahr bisher läuft“, sagte der Gründer des „Jewish Welcome Service“ dem Standard. Darin kommt die ganze berechnete Empörung über die erinnerungspolitischen Skandale zum Ausdruck. Ebenso entsetzt sind die KritikerInnen, aber sie vermögen es nicht, das in politische oder künstlerische Aktionen gegen den Ablauf der Feierlichkeiten zu verwandeln.

Woher kommt diese eigenartige Katatonie, die es ausgerechnet den Rechtsten dieses Landes ermöglicht, den Rest der Akteure und Akteurinnen thematisch vor sich herzutreiben? Dazu ein kurzer Exkurs auf die mediale Aufbereitung des Jubiläumsjahres: Viele Kommentare haben das Augenmerk ihrer kritischen Würdigung entweder auf die Inszenierung oder auf die politische Realität gelegt, ohne sich diese Frage nach dem Zusammenhang zu stellen. In gewisser Weise haben sie Recht: es gibt offenbar keine Entsprechung, keine Verknüpfung, keine inneren Bande zwischen diesen Bereichen.

Hier befindet sich der neuralgische Punkt: Wie ist der Zusammenhang zwischen der naiven politischen Erinnerungsinzenierung und der politischen Realität kritisch zu fassen? Anders gefragt: Wie kann man die Erinnerungsinzenierung mit ihren Ausblendungen in Zusammenhang mit den politischen Rahmenbedingungen und ihren regelmäßigen erinnerungspolitischen Skandalen stellen? Alle kritischen Kommentare, sofern sie auf eine Verbindung zwischen den beiden insistieren, nehmen das eine als Ausdruck des andren. Genau das entspricht aber nicht den Geschehnissen des ersten Halbjahrs des „Gedenkjahrs“. Weder ist das Scheitern der Inszenierung ein Ausdruck des Scheiterns der politischen Konstellation in Österreich, denn diese ist ja nicht gescheitert, sondern wird verbissen perpetuiert. Noch ist, was über diese Inszenierung vermittelt werden sollte, Gegenstand der politischen Debatten – die Ausblendungen dort, wenn nötig noch nach Drucklegung erzwungen, sind hier gerade im Mittelpunkt.

Die beiden Prognosen, die meinem Novemberartikel sozusagen axiomatisch zugrunde lagen, lauteten: die Inszenierung der Vergangenheit wird 2005 ein riesiger massenmedialer und politischer Erfolg (unbesehen davon,

ob die politische Konstellation umgeworfen wird). Und: das Ausblenden postnazistischer Kontinuität wird direkt aus der politischen Verfasstheit der Nation Österreich in die geplante Erinnerungsinzenierung transportiert (kritisch gewendet: die Absenz der Thematisierung der Kontinuität macht diese Verfasstheit deutlich). Auf dieser Basis argumentieren noch heute alle kritischen Kommentare.

Aber eine Zwischenbilanz zeigt, es ist paradox, verdreht: grade das Scheitern der Trias „Gedenken – Gedanken – Jubiläen“ ist der Preis für die instabile Fortführung der Regierung, vielleicht nicht bewusst, aber aus der Dynamik der politischen Entwicklung evoziert. Umgekehrt ist das den InitiatorInnen so „peinlich“ besorgte Aussparen der postnazistischen Ideologie bei der Erinnerungsinzenierung der Grund, warum sie in der politischen Realität plötzlich medial so präsent war. Wann immer in den letzten 50 Jahren ein Politiker ein Wort der Verharmlosung, der Rechtfertigung des NS abgegeben hat, nie durfte er damit rechnen, dass seinetwegen sogar eine Verfassungsänderung beschlossen würde, um seine bundespolitische Karriere zu beenden. Eine Lex Kampf scheint erst im „Gedenkjahr“ möglich.

„25 peaces“, das staatlich protegierte Mehrteileraktivprogramm mit dezentem Blockwart- und Animationsfeeling, agiert eben nur für sich genommen auf dem Niveau, über das sich mein Artikel vor acht Monaten bissig erheben wollte: Eine Gedenk- und Jubiläumsinszenierung in diesem Land fröhlich und nachdenklich durch partizipative Elemente einzurichten, die freilich plump gestrickt sind und zum Ärgern einladen. Mittlerweile, und das macht das Veralten des Textes aus, hat sich mein eigenes Ansinnen als naiv entpuppt. Es zielte darauf, die Kritik auf die politische Inszenierung hin auszurichten und mit den bekannten ideologischen Ausblendungen zu verbinden – beinahe, als gebe es gar keine politische Realität. Gerade dort sind diese „Ausblendungen“ aber inzwischen überdeutlich aufgetaucht, dass die ganze Erinnerungsinzenierung auf den ersten Blick als überflüssig wirken möchte. Auf den zweiten Blick haben sie aber sehr wohl Sinn. Nur wird sie den agierenden Gruppen im „Gedenkjahr“ scheinbar nicht verständlich, weil sie, im Lagerdenken geübt, die dazu notwendig verdrehte Perspektive nicht zulassen.

Thomas König ist Studienassistent am IPW, Studienvertreter für das Doktorat phil und schreibt derzeit seine Dissertation zur Geschichte der Sozialwissenschaften in Wien.

„Im Hause des Henkers vom Strick reden“

Über das „Gedankenjahr“ und sekundären Antisemitismus

Von Matthias Falter

Unreflektiert und trotzdem wohlüberlegt, besinnungslos und dennoch bei vollem Bewusstsein feiert Österreich: der Kanzler und die Krone, Regierung und Opposition, Gewerkschafter und Unternehmer, Regierende und Regierte, kurzum alle PatriotInnen. Begangen wird das von Wolfgang Schüssel ausgerufene „Gedankenjahr 2005“. Gefeierte werden jedoch weniger das Ende des Nationalsozialismus, der Sieg der Alliierten und ihrer Verbündeten oder die Befreiung der Überlebenden aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern, gefeiert wird vor allem die „Erfolgsgeschichte Zweite Republik“, sprich, man feiert sich selbst. Neben den pompösen offiziellen Veranstaltungen zum Jahrestag des Staatsvertrages wirken die Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus, allen voran den Opfern der Shoa, der volksgemeinschaftlich betriebenen Vernichtung der Juden und Jüdinnen, wie lästige Pflichtaufgaben. Die Stadt Wien etwa feierte am 18. September das „Fest der Freiheit“ (1). Nun ist angesichts der österreichischen Zustände nicht verwunderlich, dass hier nicht die militärische Niederschlagung des Dritten Reichs gemeint ist, sondern eben jene „Freiheit, die wir vor 50 Jahren erlangt haben“ (2), also das Ende jener alliierten Besatzung, die dafür gesorgt hatte, nach dem Krieg halbwegs zivilisierte Verhältnisse zu schaffen. Dies nun als Skandal zu bezeichnen, geht jedoch ebenfalls an der Realität vorbei, denn ein Skandal muss sich von der sogenannten Normalität abheben, in Österreich ist jedoch genau diese Normalität selbst skandalös.

Hinter großen Events, mittels derer an die alliierten Bombenangriffe auf österreichische Städte oder an den „Überlebenskampf der Überlebenden“ nach Kriegsende „in Zeiten äußerster Not“ (25 peaces) erinnert werden soll, wird nicht nur der Opfermythos permanent reproduziert (3), sondern es verschwinden auch die Opfer jener Gesellschaft, die den Nationalsozialismus bis zum buchstäblich bitteren Ende tatkräftig unterstützt hat. Dieses Kollektiv der TäterInnen und Zuschauenden, durch das Wissen um das gemeinschaftlich begangene und tolerierte Verbrechen zusätz-

lich zusammengeschweißt, trachtet danach, die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus zu verschweigen oder zu verleugnen. Lässt sich die eigene Lebenslüge angesichts der Fakten dennoch nicht mehr aufrechterhalten, so wehrt man sich gegen eine imaginierte „Kollektivschuldthese“, um sich im gleichen Atemzug einen kollektiven Persilschein auszustellen.

Untrennbar verbunden mit dieser Abwehr der Vergangenheit ist der sogenannte sekundäre Antisemitismus, ein Antisemitismus nicht trotz sondern wegen Auschwitz. Sekundärer Antisemitismus ist, um Lars Rensmann zu folgen, eine „Form der aggressiven Abwehr der Erinnerung an den von Deutschen begangenen Holocaust“ (4), d.h. eine Abwehr gegenüber Menschen, Mahnmalen und Gedenkstätten, die an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnern. Vor diesem Hintergrund der Verdrängung der eigenen Vergangenheit in den Nachfolgegesellschaften des Nationalsozialismus, die nicht unbewusst stattfindet, sondern, im Gegenteil, sehr bewusst aktiv betrieben wird, erscheinen Juden und Jüdinnen ebenso wie Mahnmale, Gedenkstätten oder auch nur Begriffe als Hindernis für eben jene Tilgung der Erinnerung an die eigenen Mordtaten. Ziel dieser Abwehr ist einerseits der Versuch, sich wieder mit der nationalen Identität (deutscher oder österreichischer) zu versöhnen, d.h. endlich wieder stolz darauf zu sein, einem nationalen Kollektiv anzugehören, und andererseits die Verstrickung in die Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen als Teil oder Nachkomme der Tätergesellschaft zu verdrängen bzw. ungeschehen zu machen. Diese Abwehr der Erinnerung beinhaltet latenten Antisemitismus der leicht in offenen aggressiven Antisemitismus umschlagen kann. Das heißt sekundärer Antisemitismus ist immer auch mit Motiven „primären“ modernen Antisemitismus verbunden.

Die Erinnerung an den Holocaust steht erstens dem Wunsch nach einer friktionsfreien Identifikation mit dem eigenen Kollektiv und dessen Geschichte gegenüber. Da sie der geforderten „Normalität“ diametral gegenüber steht, wird

diese Erinnerung an Auschwitz sehr schnell als Hindernis empfunden, das es sowohl aus der nationalen als auch der individuellen Geschichte zu entfernen gilt. Die TäterInnen hassen die Opfer, weil diese sie ständig an ihre Verbrechen erinnern, sie können den Juden und Jüdinnen, wie Henryk Broder dies treffend formuliert, „Auschwitz nie verzeihen“ (5). Zweitens verhindern die Opfer des Nationalsozialismus und insbesondere die Überlebenden des Holocaust die Selbstviktimsierung der TäterInnen, MitläuferInnen und ZuschauerInnen. Die Erinnerung an NS-Opfer stört die Selbstbezeichnung als „Opfer“ durch die Mitglieder oder Nachfolger der Tätergesellschaften. Und drittens tritt sekundärer Antisemitismus sehr oft als Antizionismus auf, als Hass auf Israel, „dessen Existenz allein schon die Erinnerung an Auschwitz wachhält“ und so „dem Bedürfnis nach deutschem [und österreichischem] Nationalgefühl im Wege“ steht (6).

„Wenn der Bürger schon zugibt, daß der Antisemit im Unrecht ist, so will er wenigstens, daß auch das Opfer schuldig sei“ (7), schreiben Theodor W. Adorno und Max Horkheimer in ihrem Antisemitismus-Kapitel in der Dialektik der Aufklärung und treffen damit auch ein Moment des sekundären Antisemitismus. „Unschuldigen Tätern“ (8) werden zwangsläufig „schuldige Opfer“ gegenübergestellt, die an ihrer Verfolgung selbst schuld seien. Jegliche Differenz wird somit durch die Viktimisierung ersterer eingeebnet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren alle irgendwie „Opfer“. Das westdeutsche Kollektiv Opfer des dämonischen Verführers Hitler, die Österreicher das erste Opfer des Nationalsozialismus und die ostdeutsche Gesellschaft Opfer der „offenen terroristischen Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ im Sinne der Faschismusthese von Dimitroff (9). Zusätzlich wurden alle Opfer des „alliierten Bombenterrors“, des Krieges und selbst die Vertriebenen zum „letzten Opfer Hitlers“ (Guido Knopp).

In diesen Gesellschaften, die sich durch ihren sogenannten Opfermythos definierten und darauf aufbauten, war von den eigentlichen Opfern keine Rede mehr bzw. nur noch sehr selektiv. Das Sprechen von den Opfern des Nationalsozialismus hätte zwangsläufig zu jenen TäterInnen geführt, die sich jetzt als Opfer gerierten. Jene, die sich als Opfer der Bomben, der Alliierten bzw. der Entnazifizierung sahen, würden gegenüber den Opfern des Holocaust meist wieder in jenes Licht gerückt werden, das sie als TäterInnen und MittäterInnen ausweist, d.h. als ganz normale Mitglieder der zum Mordkollektiv zusammen-

geschweißten Volksgemeinschaft. Es ist genau jene österreichische Lebenslüge, der Mythos des Neubeginns, deren Denunziation als Lüge schon allein durch die Anwesenheit von Juden und Jüdinnen vollzogen wird, durch die die TäterInnen und MitwisserInnen, aber auch deren Nachkommen an die Vergangenheit erinnert werden. Verdrängte Schuldgefühle werden dann in Aggression gegen jene „Störenfriede“ transformiert, die dem kollektiven Schweigen zum Zwecke der prekären Aufrechterhaltung eines guten Gewissens im Weg stehen. Österreichische Gemütlichkeit verwandelt sich angesichts der unumstößlichen Fakten in Hass auf jene, die sie qua Erinnerung unmöglich machen, wobei diese so oft beschworene Gemütlichkeit und der Hass nur verschiedene Seiten der volksgemeinschaftlichen Medaille sind. Sekundärer Antisemitismus ist auch hier die notwendige Bedingung zur Verteidigung oder Verharmlosung der Vergangenheit um der Identifikation mit der eigenen nationalen Geschichte willen.

Seit der Gründung des Staates Israel 1948 reproduziert sich der Antisemitismus in seinem geopolitischen Maßstab in Form des Antizionismus, der Ablehnung der Staat gewordenen Konsequenz aus Auschwitz. Eine Reduktion des Antisemitismus als Phänomen des Nationalismus, wie sie u.a. in der marxistisch-leninistischen Interpretation stattfindet, führt sich angesichts der internationalen Feindschaft gegenüber Israel ad absurdum. Für Hannah Arendt, die den Antisemitismus als „eine der gefährlichsten politischen Bewegungen unserer Zeit“ (10) betrachtete, war der moderne Antisemitismus „nie bloß eine Angelegenheit des extremen Nationalismus: von Anfang an wurde er als Internationale betrieben“ (11). Israel stellt für AntisemitInnen das in Staatlichkeit verfasste Judentum dar, ist sozusagen die verstaatlichte Projektionsfläche antisemitischer Stereotype. Das Dilemma der AntisemitInnen, dass nach 1945 antisemitische Ressentiments angesichts der Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen zumindest teilweise in der Öffentlichkeit ein Tabu waren, wurde und wird dahin aufgelöst, dass sich der antisemitische Wahn international an Israel austobt (12).

Der Antizionismus ist ebenso dem Antisemitismus immanent, wie der Antisemitismus dem Antizionismus. Im Antizionismus treffen sich alle Motive des modernen Antisemitismus, die auf die staatgewordene Konsequenz aus Auschwitz projiziert werden. Der/die AntisemitIn wünscht die Vernichtung der Juden und Jüdinnen, der/die AntizionistIn die Zerstörung ihres Staates und damit ihrer Möglichkeit, sich selbst militärisch gegen eben jenen Antisemi-

tismus zu verteidigen. Zweiteres ist seit 1948 notwendige Bedingung für ersteres.

Matthias Falter

Student am ipw und Mitglied der Basisgruppe Politikwissenschaft

Quellen:

(1) Offizielle Homepage dieses Events: <http://fdf.at/> [14.09.2005].

(2) <http://fdf.at/fdf/stories/1965/> [14.09.2005].

(3) Zum österreichischen Opfermythos: Uhl, Heidemarie: Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 2001, Nr.1, 19-34.

(4) Rensmann, Lars: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Hamburg, 2001, 3. Auflage, S.231.

(5) Broder, Henryk M.: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Frankfurt/Main, 1986, S.125.

(6) Haury, Thomas: Zur Logik der bundesdeutschen Antizionismus, in: Poliakov, Léon: Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg, 1992, S.125-159, S.149.

(7) Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/Main, 2001, 13. Auflage, S.203.

(8) Wodak, Ruth et al.: „Wir sind alle unschuldige Täter.“ Diskurshistorische Studien zum Nachkriegs-antisemitismus, Frankfurt/Main, 1990.

(9) Vgl. Blänsdorf, Agnes: Die Einordnung der NS-Zeit in das Bild der eigenen Geschichte. Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, in: Bergmann, Werner/Rainer Erb/Albert Lichtblau [Hg.]: Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, (=Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin, Bd. 3) Frankfurt – New York, 1995, S.18-48.

(10) Arendt, Hannah: Nach Auschwitz: Essays und Kommentare I, Berlin, 1989, S.32.

(11) Ebd.

(12) Initiative Sozialistisches Forum: Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie, Freiburg, 2002, S.35.

Call for Papers:

**Transnational and interdisciplinary workshop
„GENDER AT THE BORDER“
for Slovenian and Austrian junior scholars
in the field of Gender Studies
5th to 8th of April 2006**

Bad Radkersburg/Radgona at the Slovenian/Austrian border

The academic workshop "Gender at the Border" is a research cooperation and networking project between the Centre for Advanced Gender Studies, University of Vienna, Austria, and the Interdepartmental Interdisciplinary Graduate Programme in Women's Studies and Feminist Theories, University of Ljubljana, Slovenia. It is financed by the Austrian Federal Ministry for Education, Science and Culture. This workshop brings together 6 Professors with research interests in Gender Studies (3 from Slovenia and 3 from Austria), and 14 PhD students (7/7). They will present and discuss (in English) ongoing research projects by junior scholars, and will relate them to current issues in the field of Gender Studies. Junior scholars (PhD students) with an interest in actively contributing (with written paper, oral

presentation, and verbal comment on another paper) are invited to apply for participation in the workshop "Gender at the Border" **until November 1st, 2005**. Please send your electronic application, containing

- **Curriculum Vitae**
- **Abstract of your ongoing PhD project in the field of Gender Studies (1000 characters max.)**

to:

Gender Kolleg der Universität Wien
c/o Mag.a Eva-Maria Knoll

<gender-kolleg@univie.ac.at>

Travel expenses (train group ticket) and accommodation costs (twin-bedded rooms, breakfast and lunch) are covered for all participants. Applicants will be informed about their admission by the end of November 2005.

Workshop „**GENDER AT THE BORDER**“

05.04. – 08.04.2006; Bad Radkersburg / Radgona

A transnational and interdisciplinary workshop for junior scholars in Gender Studies, by the *Centre for Advanced Gender Studies*, University of Vienna, Austria and the *Interdepartmental Interdisciplinary Graduate Programme in Women's Studies and Feminist Theories*, University of Ljubljana, Slovenia, financed by the

Austrian Federal Ministry for Science, Education and Culture.

Concept and organization: Eva-Maria Knoll, Centre for Advanced Gender Studies, Univ. Vienna

Workshop Program

April 5th, 2006	morning	Group trips by train to Bad Radkersburg/ Radgona at the Austrian/Slovenian border
	12:00 – 13:00	Lunch
	13:00 – 13:30	Welcoming of workshop participants
	13:30 – 15:30	Workshop opening: <i>Gender Studies in Austria and in Slovenia – Contours of Different Academic Cultures?</i> A Report by Professors from Slovenia and Austria.
	15:30 – 16:00	Coffee Break
	16:00 – 19:00	Presentations and Discussions of 3 PhD Projects ¹
April 6th, 2006	09:00 – 11:00	Presentations and Discussions of 2 PhD Projects
	11:00 – 11:30	Coffee Break
	11:30 – 12:30	Presentation and Discussion of 1 PhD Project
	12:30 – 14:00	Lunch
	14:00 – 16:00	Presentations and Discussions of 2 PhD Projects
	16:00 – 16:30	Coffee Break
	16:30 – 17:30	Presentation and Discussion of 1 PhD Project
April 7th, 2006	09:00 – 11:00	Presentations and Discussions of 2 PhD Projects
	11:00 – 11:30	Coffee Break
	11:30 – 12:30	Presentation and Discussion of 1 PhD Project
	12:30 – 14:00	Lunch
	14:00 – 16:00	Presentations and Discussions of 2 PhD Projects
	16:00 – 16:30	Coffee Break
	16:30 – 18:00	Final Discussion on current PhD Projects
	April 8th, 2006	09:00 – 11:00
11:00 – 11:30		Coffee Break
11:30 – 12:30		Discussion Groups on the theme “ <i>Are there Different Academic Gender Studies Cultures in Slovenia and Austria?</i> ”
12:30 – 13:00		Workshop Closing
13:00 – 14:00		Lunch
afternoon		Return trips to Vienna and Ljubljana

¹ Including: presentation of the PhD project (15 minutes), comment by a junior scholar from the neighbouring country (5 Minutes), comment by a professor of the neighbouring country (5 to 10 minutes), discussion (30 minutes).

Freier Hochschulzugang – für wen?

Eine Nachlese zum Schiller-Kommers im Juni

Von Gudrun Hauer

Am Samstag den 11. Juni wurde der von Burschenschaftlern in der Wiener Hofburg veranstaltete „Schiller-Kommers“ durch eine Auftaktveranstaltung im Neuen Institutsgebäude (NIG) eingeleitet. Verantwortlich für beide Veranstaltungen war unter anderem die vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) als rechtsextrem eingestufte Burschenschaft „Olympia“.

Ein Massenaufgebot an Polizeikräften riegelte dieses Universitätshaus – unter anderem auch mit Sperrgittern – ab; Lehrveranstaltungen mussten abgebrochen werden und Studierende sowie Angestellte der Universität mussten die Universitätsräume verlassen. Zusätzlich hinderten Saalordner alle nicht geladenen GästInnen an der Teilnahme an der Veranstaltung, auf der unter anderem Andreas Mölzer und die dem DÖW wegen rechtsextremer Aktivitäten einschlägig bekannten Günther Zehm und Walter Marinovic referierten. Die Autorin dieses Beitrags wurde von Saalordnern mit physischer Gewalt am Betreten des Hörsaales gehindert.

Beantragt wurde dieses „hochkarätige Symposium“ vom „Ring Freiheitlicher Studenten“ (RFS-Bundesobmann und Olympia-Mitglied Christoph Völz); das Rektorat genehmigte dieser Organisation als ÖH-Fraktion die Durchführung. Eine genauere Prüfung der Veranstaltungsunterlagen hätte jedoch die Verantwortlichen im Rektorat, insbesondere Rektor Georg Winckler, darauf aufmerksam machen müssen, dass in diesem Fall Räumlichkeiten der Universität rechtsextremen Gruppierungen zur Verfügung gestellt wurden. Und nicht nur dies: Einem privaten Verein wurde gestattet, sich ein ganzes Gebäude anzumieten, den Lehr- und Arbeitsbetrieb zu verhindern und Angehörigen der Universität dessen Betreten zu verbieten.

Nach Bekanntwerden dieses in der Wiener Universitätsgeschichte der Zweiten Republik einmaligen Vorfalles hagelte es Protestschreiben an den zuständigen Rektor. Dieser begnügte sich in seinen Antworten an die AutorInnen mit einer kurzen Sachverhaltsdarstellung, ohne jedoch genauer auf die Inhalte einzugehen oder sich gar zu entschuldigen. Neben vielen anderen protestierten auch die

Jüdischen HochschülerInnen und forderten gerade im so genannten „Gedankenjahr 2005“ mehr Sensibilität im Umgang mit rechtsextremem Gedankengut ein. Sie verwiesen ebenso wie die Autorin darauf, dass diese besonders bei Angehörigen jener Opfergruppen nötig sei, die während der Jahre des NS-Regimes in besonders starkem Ausmaß verfolgt wurden. Dies gilt für die Jüdinnen und Juden als Opfer des Holocaust, aber auch für die schwulen Männer und – in Österreich – für die lesbischen Frauen, die zwischen 1938 und 1945 einem im Vergleich mit den Jahren davor und danach verstärkten, oftmals tödlich endenden Verfolgungsdruck ausgesetzt waren.

Rektor Georg Winckler hat seine Sorgfaltpflicht als Arbeitgeber und zugleich als oberstes Aufsichtsorgan der Universität Wien in mehrfacher Weise verletzt:

Die Durchführung des wichtigsten Auftrages der Universität, dass nämlich der Lehr- und Forschungsbetrieb ungehindert und störungsfrei erfolgen müsse, wurde verhindert. Angestellte der Universität müssen während der Öffnungszeiten des Gebäudes grundsätzlich Zugang zu diesem und selbstverständlich auch zu ihrem Arbeitsplatz haben.

Veranstaltungen auf Universitätsboden müssen grundsätzlich allen Interessierten offen stehen. Dass die Wissenschaft und ihre Lehre frei sein müssen, wie in großen Lettern im NIG zu lesen ist, bedeutet auch das Recht auf freien Zugang zu diesen.

Rechtsextremes sowie neofaschistisches Gedankengut und Gruppierungen, die dieses vertreten, haben kein Recht auf universitäre Räume. Gerade die Universität Wien hat sehr wohl Konsequenzen aus ihrer eigenen Geschichte zu ziehen: In der Ersten Republik wurden jüdische Studierende von nationalsozialistischen Studenten auf Universitätsboden zusammengeschlagen; nach der Okkupation Österreichs wurden jüdische WissenschaftlerInnen in die Emigration gezwungen bzw. in Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordet.

Die Sorgfalts- und Aufsichtspflicht des Rektors darf nicht für jene gelten, die antidemokratische Haltungen vertreten und in ihrer Programmatik sowie in ihrer Politik Minderheiten

diskriminieren. Die Universität Wien als Arbeitgeberin ist somit auch zum Minderheitenschutz verpflichtet. Als Angehörige einer nach wie vor gesellschaftlich diskriminierten Gruppe, die überdies vom NS-Regime politisch verfolgt wurde, als lesbisch lebende Frau sehe ich diese Sorgfaltspflicht sträflichst verletzt, denn bekanntlich sind AktivistInnen rechtsextremer Gruppierungen hochgradig homophob.

Zu hoffen bleibt, dass diese damalige Veranstaltungsgenehmigung nur eine einmalige Entgleisung darstellt, dass somit künftig die Universität Wien und deren ExponentInnen Lehren aus der Geschichte zieht und aktiv jenen entgegenzutreten, die demokratische Prinzipien untergraben und sie letztlich beseitigen wollen.

Gudrun Hauer, Lektorin am ipw

Gudrun Hauer richtete folgenden Brief an Rektor Winkler:

Sehr geehrter Herr Rektor!

Mit Entsetzen und Empörung habe ich gestern festgestellt, daß Räumlichkeiten der Universität Wien, konkret des Neuen Institutsgebäudes, einer Veranstaltung von Burschenschaffern zur Verfügung gestellt werden.

Das NIG wurde nicht nur von der Wiener Polizei, sondern in erster Linie von sogenannten Saalordnern der Burschenschaftsgruppen völlig für den Zugang gesperrt; ich wurde - als Mitarbeiterin der Universität Wien (Lehrbeauftragte am Institut für Politikwissenschaft) - mit physischer Gewalt am Betreten des Gebäudes gehindert.

Vom diensthabenden Polizeioffizier wurde mir mitgeteilt, daß die Genehmigung für die Raumvergabe durch das Rektorat der Universität Wien erfolgt ist.

Eine der veranstaltenden Gruppen war übrigens die Burschenschaft „Olympia“, die ja, wie Sie sicher wissen, vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes als rechtsextreme Gruppe eingestuft wird.

Wie Sie sicher auch den diversen Pressemeldungen zum „Schiller-Kommers“ in der Wiener Hofburg am 11. Juni entnehmen konnten, verstießen die auf diesen Veranstaltungen getätigten Äußerungen eindeutig gegen das Gesetz gegen nationalsozialistische Wiederbetätigung - durch die Verharmlosung bzw. Leugnung des nationalsozialistischen Völkermordes an Jüdinnen und Juden.

Als Angehörige und Lehrende der Universität Wien, als Lehrbeauftragte an einem im NIG angesiedelten Institut, protestiere ich entschieden dagegen, daß mir das Betreten meines Arbeitsplatzes durch eine nicht der Universität Wien zugehörige Gruppe mit physischer Gewalt verunmöglicht wird.

Ich protestiere entschieden dagegen, daß die Universität als öffentlicher Raum als geschlossener Veranstaltungsort für rechtsextreme Gruppen mißbraucht wird.

Weiters protestiere ich entschieden dagegen, daß Räumlichkeiten der Universität Wien für Gruppierungen und Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden, die gegen bestehende Gesetzesvorschriften im Sinne des Verbots nationalsozialistischer Wiederbetätigung verstoßen.

Weiters protestiere ich dagegen, daß die vielzitierte Freiheit von Forschung und Lehre in dem Sinne ausgelegt wird, daß sie jenen politischen Strömungen Raum gewährt, die diese Freiheit von Forschung und Lehre letztlich abschaffen wollen.

Gerade im heurigen Gedenkjahr 2005 erwarte ich mir von Ihnen als Repräsentant der Wiener Universität mehr Sensibilität und politisches Einfühlungsvermögen in bezug auf rechtsextreme Politik und Propaganda.

Nicht zuletzt bin ich als Angehörige einer vom nationalsozialistischen Regime verfolgten sozialen Minderheit - ich bin lesbisch und Funktionärin der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien - entsetzt darüber, welche Gruppierungen Sie an der Universität Wien in Form einer Hörsaalvergabe unterstützen.

Ich fordere Sie auf, künftig genauer zu überprüfen, welchen politischen Gruppierungen Sie überhaupt die Abhaltung einer überdies noch geschlossenen Veranstaltung genehmigen - auch im Sinne einer Anwendung bestehender Gesetzesvorschriften.

Mit entsetzten Grüßen
Dr.in Gudrun Hauer, Universitätslektorin am Institut für Politikwissenschaft

Bachelor, Master, ECTS: *Alles neu ab 2006*

Im Herbst 2006 hält der Bologna-Prozess Einzug am Institut für Politikwissenschaft. Die heimischen Studienpläne werden an europäische Standards angeglichen, und heraus kommen zwei Politikwissenschafts-Abschlüsse: Bakkalaureat und Master.

Von Astrid Entlesberger

„Da führt kein Weg dran vorbei“, kommentiert Mag. Roman Pfefferle, Mitglied der Studienprogrammleitung der Politikwissenschaft, den Bologna-Prozess. Die 1999 in der Bologna-Deklaration festgehaltenen Ziele werden 2006 auch für die Studienrichtung Politikwissenschaft umgesetzt. Das bedeutet konkret die Neuorganisation der Studienpläne in Bakkalaureats- und Masterstudien und die Einführung des ECTS-Systems, in dem der für Lehrveranstaltungen zu erbringende Zeitaufwand nicht mehr in Wochenstunden, sondern in ECTS-Punkten gerechnet wird. Ziel ist die europaweite Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse.

Bedingte Zugangsbeschränkungen

Am IPW soll es ein Bakkalaureats-Studium für Politikwissenschaft geben, sowie ein darauf aufbauendes Master-Studium. Dadurch dass

BOLOGNA-DEKLARATION:

Die Bologna-Deklaration wurde 1999 von 29 Bildungsminister/innen unterschrieben. Heute haben sich 40 Staaten, darunter fast alle europäischen Staaten, Russland und die Türkei, der Setzung von Standards und Vergleichbarkeit im Hochschulbereich verschrieben. Die Bologna-Deklaration umfasst sechs Punkte:

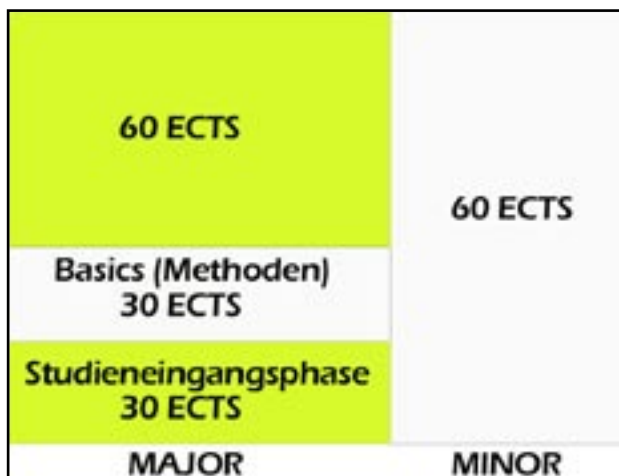
1. „Diplomzusatz“: Auf Diplomzeugnissen wird festgehalten welche Leistungen zur Erreichung des Diploms erbracht wurden
2. Bachelor-Master-System
3. ECTS-Punkte-System: der zu erbringende Zeitaufwand für Lehrveranstaltungen wird in ECTS-Punkten gewertet
4. Förderung der Mobilität von Studierenden und Lehrenden
5. Schaffung von vergleichbaren Standards unter den Universitäten
6. Interinstitutionelle Kooperation zur Etablierung einer „europäischen Dimension“ im Hochschulbereich

das Bakkalaureats-Studium bereits als eigenes Studium zählt, stellt sich die Frage nach eventuellen Zugangsbeschränkungen zum Magister-Studium. „Es wird keine Beschränkungen geben vom Powi-Bakkalaureat zum Powi-Master“, beruhigt Mag. Pfefferle. Die „vertikale Durchlässigkeit“ soll gesichert bleiben. Das bedeutet, dass jene, die in Politikwissenschaft das Bakkalaureat absolviert haben, auch einen sicheren Platz im Master-Studium erhalten. Jemand, der „quer“ von einer andern Studienrichtung oder Universität einsteigen will, jedoch nicht. Für diese Studierenden soll es ein Zulassungsverfahren geben. Wie dieses aussehen wird, ist jedoch noch unklar.

Es gebe jedoch auch Stimmen an den Instituten für Politik- und Staatswissenschaft, die die Zahl der Master-Studienplätze auf eine geringe Anzahl pro Jahr reduzieren möchten, so Mag. Pfefferle. Die vertikale Durchlässigkeit müsse und werde aber mit Sicherheit weiter gegeben sein. Es sei aber auch ein spezialisiertes Master-Programm im Gespräch, für das eine Beschränkung der Studienplätze vorgesehen ist. Mit einem solchen Programm will die Wiener Politikwissenschaft international im Rennen bleiben.

Konkrete Pläne für Powi-Bakk

Was wird sich durch die Studien-Neuorganisation konkret verändern? Zuallererst: Das gesamte Studium verlängert sich auf fünf Jahre (drei Jahre Bakkalaureats-, zwei Jahre Master-Studium). Die Studieneingangsphase wird intensiver und strukturierter, es wird auch ein Tutoriensystem gedacht, in welchem Höhersemestrige Neueinsteiger/innen betreuen. Das Bakkalaureats-Studium wird höchstwahrscheinlich als „Major/Minor-Studium“ aufgebaut sein, der Schwerpunkt liegt also auf politikwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen („Major“), aber ein Drittel der ECTS-Punkte werden durch „Freie Wahlfächer“ bzw. Fächer einer zweiten sozialwissenschaftlichen Studi-



So wird der Bakk-Studienplan ab 2006/07 wahrscheinlich aussehen

enrichtung („Minor“) erworben.

Für das zweite Studienjahr ist ein Methoden-Schwerpunkt vorgesehen. Dabei wird auch an eine Zusammenarbeit mit andern sozialwissenschaftlichen Studien gedacht, auch ein „Methodenzentrum“ ist in Planung.

Im Bakkalaureats-Studium wird es auch weiter keine Zulassungsbeschränkungen geben: jeder interessierte Mensch hat also nach wie vor die Möglichkeit, in Wien Politikwissenschaft zu studieren.

Insgesamt wird das Bakkalaureats-Studium 180 ECTS-Punkte umfassen. Dabei wird für jede Lehrveranstaltung der Zeitaufwand in ECTS-Studienpunkten errechnet. Eine Vorlesung mit schriftlicher Prüfung ist beispielsweise drei ECTS-Punkte wert.

Publizistik-Bakk seit 2003

Erste Erfahrungen mit dem Bakkalaureats- und Master-System hat man am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissen-

WER ENTSCHEIDET?

Die Studienprogrammleitung entscheidet über Lehre und Studienpläne. Für die Neu-Organisation der Studienpläne wurden institutsintern Diskussionsveranstaltungen organisiert. Auch die Studienkommission, bestehend aus vier Studienrichtungs-Vertreter/innen, zwei Professor/innen und zwei Angehörigen des Mittelbaus, wird konsultiert. Letztlich liegt die Entscheidungskraft aber bei der Studienprogrammleitung (Univ.-Doz. Dr. Dvorak, Dr. Fritz Windhager, Mag. Roman Pfefferle). Diese vertritt die Position der Studienrichtung Politikwissenschaft gegenüber der Fakultät und der Universität.

schaft gesammelt, wo die Studienpläne bereits 2003 umgestellt wurden. Nach wie vor hat ein Großteil der Publizistik-Erstsemestri-gen vor, das Studium mit dem Magister-Grad abzuschließen. Das Publizistik-Bakk hat sich aber gerade in der Übergangszeit als beliebtes Zweit-Studium für Student/innen anderen Studienrichtungen herausgestellt, die sich mit dem Bakk.-Abschluss zufrieden geben. Die Studien-Neuorganisation hat am Publizistik-Institut zu einer strafferen Organisation des Studienablaufes und zu einer verschul-ten Studieneingangsphase geführt. Eine sol- che Studieneingangsphase ist auch am IPW vorgesehen, vor allem um die Techniken des wissenschaftlichen Arbeitens eindringlicher zu vermitteln.

Doktoratsstudien und Initiativkollegs

Auch im Studienjahr 2006/07 wird es das Doktoratsstudium, so wie es jetzt angebo- ten wird, weitergeführt. Die Frage ob es dann auch Zugangsbeschränkungen geben wird, ist noch nicht geklärt. Zusätzlich zum „herkömm- lichen“ Doktoratsstudium werden an der Uni- versität Wien „Initiativkollegs“ angeboten. Ob es für die Politikwissenschaft ein solches Ini- tiativkolleg geben wird ist vorerst noch offen. Diese werden interdisziplinär geführt und ha- ben eine begrenzte Anzahl an Plätzen. „Damit werden in Wien erstmals Programme, die mit PhD-Studien vergleichbar sind, angeboten“, so Mag. Pfefferle. Student/innen an Initiativ- kollegs bekommen ein Stipendium im Umfang von circa 700 Euro pro Monat.

Das Studienjahr 2006/07 wird eine Reihe von Änderungen mit sich bringen. Für die Studie- renden wird sich, abgesehen von den zwei möglichen Abschlüssen, aber voraussichtlich nicht viel ändern. Es bleibt zu hoffen, dass der ehemals freie Hochschulzugang nicht noch ei- nen weiteren Todesstoß durch die Einführung von Zulassungsbeschränkungen für die Studi- enrichtung Politikwissenschaft erhält.

Astrid Entlesberger

Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

Mag. Roman Pfefferle ist Assistent in Ausbil- dung am Institut für Staatswissenschaft und Vize-Studienprogrammleiter.

Dieter Segert – Ein Porträt

oder

Das bisschen Naivität zum Quer-Denken

Von Ruth Kager



Dieter Segert ist seit dem Sommersemester 2005 Professor am Institut für Politikwissenschaft. Über Moskau, Prag und Bonn hat es den Berliner – ehemals Philosoph und „Ossi“ – schlussendlich nach Wien verschlagen. In Moskau machte er den Doktor, in Prag war er dann bereits Professor. Dieter Segert muss grinsen, wenn er an all diese Stationen in seiner Karriere denkt. Turbulent hatte alles begonnen - in den letzten Jahren, die der DDR noch bleiben sollten.

„In einer Basisbewegung innerhalb der Staatspartei SED habe ich gemeinsam mit anderen versucht, eine kritische Öffentlichkeit in der DDR zu unterstützen und einen Veränderungsprozess innerhalb der Partei in Gang zu setzen. So wurden wir beispielsweise vom Fernsehen eingeladen, das sich gerade für kritische Stimmen öffnete und versuchte, sich von seiner Rolle als Staatsfernsehen zu befreien. Auch haben wir in der DDR am Ende ihrer Existenz versucht, Politikwissenschaft aufzubauen. Ich selbst als Philosoph – wir wurden als Marxisten ausgebildet – war dran interessiert, da ich den Eindruck hatte, dass bei Marx die Politik eine zu kleine Rolle spielt. Ich fand, dass da etwas fehlte. Dies war das Motiv für mein politisches Engagement.“

Jetzt muss ich mich aber kurz korrigieren: Dieter Segert würde sich auch heute noch durchaus als Ostdeutscher bezeichnen. So sei seine biographische Verwurzelung in der Region ein wichtiger Impuls für seine weitere akademische Entwicklung gewesen.

„Diesen biographischen Impuls finde ich sehr wichtig. Wird dieser reflektiert, stellt er ein wichtiges Interesse für die eigene wissenschaftliche Entwicklung dar. Dass ich mich für die Länder im Osten interessiere, hat sicherlich damit zu tun, dass ich mich mit dem Staatssozialismus – so nenne ich das heute – identifiziert habe und wissen möchte, was daraus geworden ist. Natürlich kann es einen nicht kalt lassen, wenn eine Gesellschaftsform, für

die man sich interessiert, untergeht. Ich habe ein positiveres Verhältnis zu dieser Form von Gesellschaft als die meisten Menschen.“

Was können Länder des Westens aus den demokratischen Erfahrungen des Ostens lernen? Für Dieter Segert gilt es nach Osten zu blicken, um für den Westen etwas dazu zu lernen. Mit solchen Fragen beschäftigt sich der Univ.-Prof. für Transformationsprozesse in Mittel-, Südost- und Osteuropa zur Zeit in seiner Forschung. Weitere Forschungsschwerpunkte sind: Transformation politischer Systeme in Ostmitteleuropa im Vergleich, politische Geschichte und das Erbe des europäischen Staatssozialismus, Parteienentwicklung in Osteuropa, EU-Erweiterung. Auf die Frage, was das Fach Politikwissenschaft für ihn gestern – als Mitinitiator einer Politikwissenschaft in der DDR – bedeutete und was heute, meinte er:

„Damals habe ich Politikwissenschaft für wichtig erachtet, da es im Staatssozialismus einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Politik bedurfte. Von vornherein musste es eine kritische Auseinandersetzung mit der herrschenden Politik sein. Heute scheint allen vollkommen klar zu sein, dass wir eine Politikwissenschaft brauchen. Aber man hat mitunter so den Eindruck, dass nur dann zugehört wird, wenn die Politikwissenschaft bestätigt, was der Mainstream behauptet. Das ist natürlich nicht ihre Aufgabe. Politikwissenschaft ist eine Wissenschaft, die ihre Kompetenzen in Entscheidungsprozesse einbringen muss. So auch, wenn es problematisch wird, dass bestimmte Entscheidungen nicht getroffen werden. Insofern denke ich, dass Politikwissenschaft gucken muss, in welche Richtung Politik und Gesellschaft laufen.“

Ohne kritisches Quer-Denken sei dies aber nicht möglich. Ob im Studium dazu genügend vorbereitet wird, weiß Prof. Segert nicht. Dies müssten sich auch die Studierenden selbst fragen und gegebenenfalls Kritik üben. Auf dem Weg einer sich derart rapide transformierenden Gesellschaft nicht auf der Strecke zu bleiben, mag nun für die Studierenden eines so allgemeinen Faches wie jenes der Politikwissenschaft kein Kinderspiel sein. Vor allem

in einer Gesellschaft, die nach ExpertInnen verlangt ...

„Darum müssen wir als Lehrende auch immer wieder überlegen, inwieweit wir genügend Anregungen vermitteln, die nötig sind, damit die Studierenden ihren Weg gehen können. Natürlich liefern wir keine Berufsausbildung. Ich glaube, dass es sehr sinnvoll ist, eine so allgemeine Kompetenz der kritischen Interpretation von gesellschaftlichen Entwicklungen zu erlernen. Diese gilt es mit spezielleren Kompetenzen zu verbinden. Das ist eine schwierige Sache, die die einzelnen Studierenden noch leisten müssen. Wenn man kompetent die Geschichte eines Raums kennt, dessen aktuelle Entwicklung und vielleicht auch dessen Sprache, kann man schon viel damit anfangen.“

Was möchte nun Dieter Segert seinen Studierenden jenseits aller Theorie mitgeben?

„Ich möchte vermitteln, dass es sinnvoll ist darüber nachzudenken, wie man selbst lernt. Es geht nicht bloß um Wissen, das man abfragen kann, sondern um Methoden der Beschäftigung mit der Wirklichkeit, der Analyse und der Bewertung. Da habe ich den Eindruck, dass noch Defizite da sind. Meiner Meinung nach wird manchmal zu wenig gelesen. Natürlich wird man da regelrecht überflutet. Es ist jedoch wichtig, Fähigkeiten zu entwickeln, mit denen man sich neues Wissen erarbeiten kann. Denn das, was man lernt, kann nur dann umgesetzt werden, wenn man sich mit neuen Wirklichkeiten konfrontiert. Und diese haben mit dem, was in Büchern steht, schon noch was zu tun, sind aber natürlich andere. Dieser Lernprozess wird zu wenig betrieben. Es ist wichtig, das lebenslange Lernen zu lernen. Das macht auch Spaß.“

Die Gesellschaft sei nicht so offen wie die Ideologie der offenen Gesellschaft. Die Offenheit einer Gesellschaft, so Segert, sei immer mit dem Engagement der Einzelnen verbunden. Hier seine Gedanken zu aktuellen Formen politischen Engagements:

„Offensichtlich gibt es eine Reihe von Veränderungen im Bereich der Hochschuldemokratie, die nicht alle positiv empfunden werden. Ich bin 2003 bei meinem Vorstellungsgespräch an der Universität gefragt worden, wie ich diese Veränderungen finde, und ich finde es schlecht, wenn die Studierenden nicht in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, die ihre Interessen berühren. Falls die demokratische Mitgestaltung verringert wurde, muss man sich überlegen, wo versucht werden muss, eine Veränderung zu erkämpfen. Dabei muss man genau abwägen, was sinnvoll ist. Denn bloß aufzustehen und zu sagen, ich

bin dagegen ... könnte ja sein, das interessiert keinen. Also muss man eine Arena finden, wo man auf Interesse stößt. Es gilt zu erklären, warum die eigenen Interessen auch im Interesse der anderen sind. Und dann ist man in der Politik. Hierfür braucht es aber Mut und auch ein bisschen Naivität. Das gefällt mir auch an meiner Arbeit: Als Professor kann man es sich hier und da erlauben ein bisschen naiv zu sein. Natürlich lernt man auch von seinen Studierenden so manches.“

Und was hat nun Prof. Segert – bis vor kurzem noch Mitarbeiter der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn – in Wien und insbesondere am Institut vor?

„Ich werde für mich erst neu erschließen müssen, inwieweit ich mit meinen Kompetenzen zu Osteuropa in österreichische Diskussionen eingreifen könnte, um z.B. Vorurteile in der Öffentlichkeit zu bekämpfen oder bestimmte Kenntnisse stärker zu verbreiten. An Österreich hat mich neben der Universität seine für meine Interessen wundervolle Lage gereizt. Auch wenn es nicht allen so bewusst ist, wird Österreich gewissermaßen vom alten und neuen Osten umrundet. Diese Ost-West-Vielfalt kann man hier in Österreich besonders deutlich spüren. So war es anfangs ein bisschen frustrierend, dass man hier an der Universität lieber nach Westen schaut als in den Osten. Ich dachte, der Standort Wien würde bedeuten, dass man sich vor Kooperationsangeboten zu diesem Gegenstand gar nicht mehr retten kann. Im Augenblick habe ich jedoch den Eindruck, dass man hier noch ein bisschen Interesse wecken muss. Vielleicht kann ich hierzu ein kleines Stück beitragen, damit die besondere Lage Österreichs den Österreichern selbst bewusster wird.“

Diesem Unternehmen schaut Prof. Segert optimistisch entgegen, schließlich wird er noch einige Zeit an der Universität in Wien verbringen.

Das Interview führte

Ruth Kager

Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

SEAS

South East Asian Studies

Südostasien-Interessierte organisieren sich an der Universität Wien

**Von Sabine Putzgruber
& Erwin Schweitzer**

SEAS ist eine Initiative, welche von Südostasien interessierten Studierenden der Universität Wien begründet wurde. Durch die Teilnahme von 10 österreichischen Studierenden an einem Studienprogramm in Thailand wurde die Idee geboren einen Verein zu gründen um auch, wieder zurück in Österreich, sich mit Südostasien beschäftigen zu können. Im Dezember 2004 haben sich zwei dieser Studentinnen dazu entschlossen, ein Forum zu schaffen, das allen Menschen die an Südostasien interessiert sind und sich auf wissenschaftlicher Ebene damit beschäftigen wollen, dienen soll. Unser Ziel ist es, ein Netzwerk von Interessierten zu schaffen und den Austausch von Informationen zu erleichtern!

Da das regionale Forschungsgebiet Südostasien an österreichischen Universitäten, in Relation zur Bedeutung der Region leider stark unterrepräsentiert ist, wurde der Verein mit der Intention gegründet die Südostasienwissenschaft – das Akronym SEAS steht für „South East Asian Studies“ – in Österreich zu fördern.

Wir sind der Meinung, dass die Förderung dieses regionalen Interessensgebietes eine absolute Notwendigkeit darstellt, nimmt man nur das Sommersemester 2005 her, in dem keine Lehrveranstaltungen dazu stattfanden. Das Interesse jedoch ist groß, WissenschaftlerInnen und vermehrt Studierende forschen oder wollen in und über Südostasien arbeiten. Genau hier setzen wir an, indem wir eine Plattform zum Austausch, zum gegenseitigen kennen lernen und zum Vernetzen sein wollen.

Unser Fokus liegt auf der sozial- und kulturwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Südostasien, wobei die Themen vielfältig sind. Unsere Mitglieder sind aber auch Studierende aus Studienrichtungen wie Rechts- und Musikwissenschaften sowie Informatik. Wir sind der Meinung, dass ein interdisziplinärer Austausch unserem Ziel sehr nützlich ist, und sind demnach Ausweitungen nicht abgeneigt.

Im Rahmen der Vereinsaktivitäten organisieren wir bereits eine erste Vortragsreihe am Institut für Politikwissenschaft. Die ReferentInnen zeigten die Vielfalt Südostasiens anhand so unterschiedlicher Themen wie „Buddhismus und Kommunismus in Laos“, „US-Politik in Laos von 1960 – 1975“ „Die friedliche Koexistenz von drei Kulturen – Malaysia das Land der Malaien, Chinesen und Inder“ und „Die Autonomous Region of Muslim Mindanao – ein erfolgreicher Weg zur Friedensentwicklung in den südlichen Philippinen?“ auf. Durch diese Anfänge haben wir bemerkt, dass ein großes und oft leider ungenutztes Potential an der Universität besteht. Das große Interesse an der Region und demzufolge an unseren Aktivitäten als Verein hat uns animiert, in Zukunft verstärkt weiterzumachen. Eine verstärkte Kooperation mit KollegInnen im Ausland soll dabei ein wichtiger Punkt sein, sowie weitere Veranstaltungen in Form von Vorträgen, Diplomarbeitkonzeptvorstellungen, Diskussionsrunden und Workshops. Forschungsprojekte im südostasiatischen Kontext sind unser primäres längerfristiges Ziel.

Um unser Vorhaben durch Qualität, Vielfalt und Nutzen für Südostasien-Interessierte positionieren zu können, sind wir als Netzwerk auf die Mitarbeit von eben diesen angewiesen. Die Teilnahme an unseren regelmäßig stattfindenden Vereinstreffen sowie den oben erwähnten und folgenden Veranstaltungen sind jederzeit erwünscht. Unsere Homepage informiert über unsere Aktivitäten (sowie von anderen Veranstaltungen in Wien zu Südostasien), bietet die Möglichkeit zum Online-Austausch von eigener Erfahrungen und Publikationen.

www.seas.at

Sabine Putzgruber & Erwin Schweitzer
Studierende am ipw

Die Abteilung Politikwissenschaft am Institut für Höhere Studien

Das **Institut für Höhere Studien** wurde 1963 gegründet und ist eine postuniversitäre Lehr- und Forschungsstätte, die erstklassige Nachwuchs- und Führungskräfte heranbildet. Junge Akademikerinnen und Akademiker können sich in der Politik- oder der Wirtschaftswissenschaft sowie der Soziologie unter anderem in Zusammenarbeit mit international anerkannten Gastprofessorinnen und Gastprofessoren weiterqualifizieren.

Die **Abteilung Politikwissenschaft am IHS** konzentriert sich in Lehre und Forschung auf den Bereich der europäischen Integration. „Europäische Integration“ wird dabei in einem weiten Sinn verstanden und umfasst unter anderem die Rückwirkungen in die mitgliedstaatlichen Systeme sowie die Folgen für Bewerberstaaten und die internationale Umwelt. Da Fragen der Europäisierung inzwischen die theoretischen Debatten anführen und sich an der Schnittstelle von allen traditionellen politikwissenschaftlichen Disziplinen befinden, bildet die Erforschung der europäischen Integration einen idealen Schwerpunkt für die inzwischen 22 Angehörigen der Abteilung.

Diese sind an mehreren internationalen **Forschungsprojekten** beteiligt, deren jüngstes sich mit der Umsetzung von Richtlinien aus dem EU-Sozialrecht in vier der neuen osteuropäischen Mitgliedsländer befasst. Die Erklärung für die Schwierigkeiten in der Umsetzung der Richtlinien zu Themen wie Arbeitszeit oder Kampf gegen Diskriminierungen soll generell zu einem besseren Verständnis von Problemen bei der Durchsetzung europäischer Sozialstandards beitragen.

Im Bereich der Lehre bietet die Abteilung Politikwissenschaft einen **dreijährigen postgradualen Lehrgang** in europäischer Integration an, der nach allerhöchstem Niveau entsprechend internationalen Maßstäben strebt. Grundlegendes Ziel ist es, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein profundes

Wissen zur europäischen Integration zu vermitteln und zugleich ihre konkrete Arbeit an wissenschaftlichen Projekten in diesem Bereich (typischerweise Dissertationsvorhaben) zu unterstützen.

Der nächste Kurs beginnt im Herbst 2007, Voraussetzung für die Aufnahme ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium und die Ablegung einer Statistikprüfung. Kandidatinnen und Kandidaten mit Vorkenntnissen in europäischer Integration werden bevorzugt. Für eine beschränkte Zahl von ihnen stehen Stipendien zur Verfügung (derzeit 700 € pro Monat). An manchen Lehrveranstaltungen des Instituts kann außerdem (nach Anmeldung) eine begrenzte Anzahl von Gasthörerinnen und Gasthörern teilnehmen. Unterrichtssprachen sind Englisch und Deutsch.

Die Abteilung veranstaltet ca. zweimal im Monat **Vorträge** mit hochkarätigen WissenschaftlerInnen. Wer zu diesen öffentlichen Veranstaltungen eingeladen werden möchte, sende bitte eine kurze E-mail an die Adresse office.pol@ihs.ac.at. Sie/er wird dann in den Verteiler aufgenommen und erhält zudem ungefähr monatlich ein kostenloses, elektronisches Exemplar aus der Working-Paper-Reihe der Abteilung Politikwissenschaft.

Mehr Informationen sowie einen Überblick über kommende Veranstaltungen gibt es auf der **Abteilungs-Homepage**:
<http://www.ihs.ac.at/index.php?id=400>

Kontakt:

Institut für Höhere Studien
Abteilung Politikwissenschaft
Stumpergasse 56, 1060 Wien
Tel.: +43-1-59991-166
Fax: +43-1-59991-171
E-mail: office.pol@ihs.ac.at

„Komm“,

besuchen wir mal die

Revolution!™

Eindrücke von einer Studienreise nach Kuba.

Von Markus Wolschlager

Irgendwann im Mai, es war genau genommen der 12., begab sich eine Gruppe von 36 Powi-StudentInnen gemeinsam mit Professor Ingrid Schütz-Müller knapp drei Wochen lang auf Entdeckungsreise nach Kuba. Ein dichtes und spannendes Programm mit sieben Hotel-Check-in-und-outs stand am sechsseitigen, einzeilig beschriebenen Programm, das sein Bruder Ingolf Schütz-Müller mit viel Liebe zum Detail gestaltet hatte. Es dürften wohl im Zuge dieser Arbeiten noch einige graue Haare hinzugekommen sein ...

Kuba ist gerade für PolitikwissenschaftlerInnen in erster Linie nicht „nur“ ein Land, sondern eher ein Symbol. Kuba steht für die letzte Bastion des Kommunismus sowie für den Revolutionär und zur Pop-Ikone mutierten Che Guevara genau so, wie für die Kuba-Krise vom Oktober 1962, wo die Welt so knapp wie nie zuvor und danach vor einem atomaren Weltkrieg stand. Der mittlerweile 79-jährige Fidel Castro verkörpert noch immer das charismatische Gesicht des „Anderen“. In einer Zeit, in der allseits die Auswegs- und Alternativlosigkeit der Politik proklamiert wird – Francis Fukuyama steht als liberal-optimistischer Denker mit seinem 1993 formulierten „Ende der Geschichte“ an der Spitze dieses Denkens – gibt der karibische Inselstaat zumindest Denkanstöße. „Kuba ist die bizarrste Diktatur der Welt“, meinte Arnaldo Silva, Professor an der Fakultät für Geschichte und Philosophie an der Universität von Havanna, in einer der insgesamt 16 Lectures, die dort für uns organisiert worden waren. Und mit diesem Begriff „bizarr“ hatte er recht, umschiffte aber gleichzeitig die schwierige Aufgabe, dem politischen und gesellschaftlichen System Kubas mit einem klassischen Begriffsapparat der politischen Theorie gerecht zu werden. Silvas Kollege Evelio Diaz wollte Kuba als eine De-

mokratie mit freien Wahlen darstellen. Beide Begriffe, Demokratie und Diktatur, taugen im Falle Kubas nicht. Wenn, wie am 19. Mai 2005 mehr als eine Million Menschen auf der Straße stehen und die Revolution beschwören, in der sich Kuba nach eigenem Befinden noch immer wähnt, so nimmt das volkstümliche Ausmaße. Ist der von der Staatsspitze verordnete Aufmarsch eine Demonstration oder eher Symbol einer unterdrückten Masse? Kuba sieht sich selbst laut Verfassung von 1976, damals haben 97,7 Prozent der KubanerInnen zugestimmt, als sozialistische Republik. Vielleicht trifft es diese Bezeichnung am Besten; wenn mensch das Ganze noch dazu als autoritär klassifiziert, kommt man der Sache wohl schon sehr nahe.

Kuba ist frei!?

Die kubanische Identität ist historisch tief verwurzelt im Bestreben, unabhängig zu sein. Als am 28. Oktober 1492 Christoph Kolumbus den Inselstaat „entdeckte“ – politisch korrekt „besuchte“, wie die KubanerInnen gerne darauf hinweisen – setzte eine Phase spanischer Kolonialisierung mit afrikanischen SklavInnen ein. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts konnte die kubanische Bevölkerung sich von Spanien befreien und danken dies heute noch ihrem spirituellen Nationalhelden José Martí (1853 – 1895). Auf die Spanier folgten die USA, und mit deren Unterstützung machte sich in den 1940er und vor allem 1950er Jahren der Diktator Fulgencio Batista in Kuba breit. Diese zweite Befreiung von den USA und von Batista gelang bekanntlich den beiden revolutionären Studenten oder besser studentischen Revolutionären Ernesto „Che“ Guevara und Fidel Castro Ruz. Ein erster Umsturzversuch 1953, genau am 100. Geburtstag von José Martí, scheiterte. Nach einem Gefängnis-aufenthalt und vorzeitiger Freilassung folgte

erfolgreich Teil 2. Eine Ironie der Geschichte: An jenem Tag, an dem Leopold Figl in Österreich den immer wieder gern gehörten Satz „Österreich ist frei“ (bekanntlich nicht am Balkon des Belvedere, sondern im Sitzungssaal) formuliert, ja, genau an diesem 15. Mai 1955 kam auch Fidel Castro frei. Am 31. Dezember 1958 flieht Diktator Batista von der Insel, und am 1. Jänner 1959 beginnt Kubas Sonderweg. Am 8. Jänner triumphiert Castro in Havanna, es folgen Bildungs- und Gesundheitsprogramme, eine provisorische Regierung wird errichtet und Anfang 1961 werden die diplomatischen Beziehungen mit der (kapitalistischen) USA abgebrochen. 1962 folgt dann auf Kuba, wie bereits erwähnt, die tiefste Krise des Kalten Kriegs und der gefährlichste Moment der Menschheitsgeschichte. Kennedy und Chruschov finden in letzter Minute einen Ausweg und die Welt atmet Ende Oktober 1962 erleichtert auf.

Wenn man durch die Straßen von Kuba fährt und geht, wird mensch keine kommerzielle Werbung finden. Alles ist zu plakatiert mit Staatswerbung: „46 Jahre Revolution“, „Che und Fidel“, „Es lebe die Revolution!“ sind einige Leitmotive. Die von Michael Hardt und Antonio Negri beschriebene „kapitalistische Souveränität“ (1) lässt sich am Beispiel Kubas vor Augen führen. Die beiden auf totale Weltbeherrschung ausgerichteten Ideologien Kommunismus und Kapitalismus können nicht parallel bestehen. Weltpolitisch manifestierte sich diese Erkenntnis neben Kuba-Krise und Vietnamkrieg im Symbol der Berliner Mauer. Nach ihrem Fall im November 1989 begann auch für Kuba eine neue Ära, eine „spezielle Periode“, die die 1990er Jahre prägte und massive Einschnitte für die kubanische Bevölkerung nach sich zog. Als Lösung wurde die Öffnung Kubas für den Tourismus gewählt, heute macht der Dienstleistungssektor in Kuba um die 50 bis 60 Prozent des BIP aus. Ebendieser Tourismus lässt in Kuba aber gerade eine Zwei-Klassen-Gesellschaft entstehen. Zwischen jenen mit Klimaanlage und Fernseher und jenen ohne, zwischen jenen, die mit der eigens geschaffenen Touristenwährung, dem konvertiblen Peso in Kontakt kommen und jenen, die mit dem nationalen Peso das Auslangen finden müssen. Wenn mensch bedenkt, dass ein durchschnittlicher Monatslohn eines Arztes oder einer Professorin in Kuba umgerechnet zwischen zehn und 15 Euro beträgt, so versteht mensch gleichzeitig, zu welchen Verzerrungen ein Trinkgeld von 2 Euro führt. Auch der tote Che biedert sich beiden Systemen an. Der „Kommunist Che“ prangert auf praktisch jedem Ministerium in Übergröße, der „Kapita-

list Che“ blickt aber auch von Tassen, T-Shirts, Kappen und Feuerzeugen.

Vollkommenheit ...

Che und Fidel meinten es wohl gut, als sie Batista von der Insel verjagten und erst im Anschluss daran ihr sozialistisches Konzept präsentierten. Auch für europäische Intellektuelle war das kubanische Modell faszinierend. Jean-Paul Sartre besuchte gemeinsam mit Simone de Beauvoir 1960 Castro und Guevara und kamen aus dem Schwärmen nicht mehr heraus. Che sei „der vollkommenste Mensch unserer Zeit“, erzählte Sartre später (2). Für den französischen Existenzphilosophen war es klar: „Die Kubaner müssen triumphieren oder sie werden alles verlieren, sogar ihre Hoffnung.“ (3) Der Schweizer Soziologe und UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, spielte für kurze Zeit in den sechziger Jahren den Chauffeur von Che Guevara. Hans Magnus Enzensberger schnitt Zuckerrohr für die Revolution. Doch nicht alles was gut gemeint ist, muss auch gut sein.

Wenn Kubas desaströser Zustand in punkto Lebensqualität mit Europa oder den USA verglichen wird, entsteht mitunter der Wunsch nach marktwirtschaftlicher Erneuerung, die so oder so durch die Eigenlogik der neoliberalen Globalisierung im Kleide des Tourismus auch in Kuba ihre Verbreitung finden wird. Ein solcher Blick ist zugleich aber immer auch eurozentristisch, wenn doch im südlichen Teil der Hemisphäre jährlich laut UNICEF elf Millionen Kinder an Unterernährung sterben. Kuba kann sich hier mit seiner praktisch kostenlosen Zurverfügungstellung von Wohnung, Strom, Gas und einem Minimum an Lebensmitteln sehen lassen. Die Alphabetisierungsrate ist mit 97 Prozent höher als in den USA, in keiner Schulklasse sind mehr als 20 Kinder und das Studium ist selbstverständlich kostenlos und mit einem Stipendium versehen. Nach Abschluss des Studiums gibt es übrigens – nach Absolvierung von zwei verpflichtenden Sozialjahren – eine staatliche Jobgarantie. Kuba rühmt sich, das dichteste Netz an Ärzten pro Bevölkerung in der ganzen Welt zu haben. All diese Positivargumente gehören zum Standardrepertoire der Revolutionäre und all jener, die sich dafür halten.

... und Totalität

Doch der Gegensatz zwischen Freiheit und Gleichheit, der spätestens seit der Losung aus der Französischen Revolution allseits bekannt ist, schlägt auch in Kuba erbarmungslos zu.

Mehr als 300 politische Gefangene sitzen in kubanischen Gefängnissen, beklagt amnesty international (ai). Der Aufenthalt auf der Straße wird für die Bevölkerung zum Spießbrutenlauf, wenn mehrmals am Tag die Ausweiskontrolle durch die unvorstellbare hohe Polizeipräsenz abverlangt wird. Vor allem Jüngere fühlen sich unfrei, wollen das Land verlassen und etwas aus ihrem Leben machen. Sie haben genug von dem rationalisierten Häufchen Reis und den desolaten Wohnbedingungen, viele wollen ins unerreichbare und für ihre Verhältnisse unerschwingliche Ausland. Die USA tun ihrerseits ihr Bestes: Mit stationierten Schiffen vor Kuba senden die US-Amerikaner eigens für Kuba produzierte Radio- und Fernsehprogramme auf die 11-Millionen-Einwohner-Insel. KubanerInnen können damit rechnen, innerhalb von drei Jahren die US-amerikanische StaatsbürgerInnenschaft zu erhalten. Unvorstellbar großzügig, wenn mensch dies mit den Einreisebedingungen anderer Länder vergleicht, etwa mit Mexiko. Wollen US-BürgerInnen nach Kuba einreisen, so müssen sie dies auf indirektem Wege, etwa über Kanada tun. Auch die Beziehungen mit der Europäischen Union (EU) liegen derzeit auf Eis. Als Kuba vor zwei Jahren einige Dissidenten verhaftete, forderte die EU als Bedingung für die Aufnahme von Gesprächen mit Kuba die Akzeptanz der liberalen Demokratie sowie der Menschenrechte. Kubas politische Spitze spricht aber davon, einen anderen demokratischen Weg zu verfolgen und zieht sich ebenfalls zurück. Beim Besuch der österreichischen Botschaft in Havanna wurden uns die schlechten diplomatischen Beziehungen zwischen Kuba und Österreich bestätigt. So kann etwa die Botschaft nur auf dem schriftlichen Wege mit den offiziellen Stellen in Kuba kommunizieren. Als neutraler Partner in Kuba fungieren vor allem die Vereinten Nationen. Beim Besuch des Büros der UNDP (United Nations Development Programme) wurde von im Grunde guten Beziehungen zu den kubanischen Ministerien gesprochen. 45 MitarbeiterInnen kümmern sich mit einem Jahresbudget von etwa 30 Millionen Dollar um die Entwicklungspolitik in Kuba und setzen auf Nachhaltigkeit, Armutsreduktion, Gender-Fragen sowie AIDS/HIV-Prävention.

Die Erkenntnisse, die mensch aus einer Kubareise mit nach Hause nehmen kann, sind sicherlich so vielfältig, wie das Land widersprüchlich ist. In der Abwägung der beiden Extreme Kommunismus und Kapitalismus könnte mensch vielleicht zu dem Schluss gelangen, dass es nicht so sehr um die dichotome Auswahlentscheidung zwischen Kommunismus oder Kapitalismus geht, sondern vielmehr um

die Intensität der Ausprägung dieser beiden ideologischen Strömungen. So gesehen, wäre es ein aristotelisches Eintreten für das Gemäßigte und ein Abgesang auf jegliche Form des Extremismus.

Markus Wolschlager

Redaktionsmitglied und Student am ipw

Fußnoten:

- (1) Michael Hardt, Antonio Negri (2000/2002): Empire. Die neue Weltordnung. Campus-Verlag: Frankfurt/New York. S. 334.
- (2) Zitiert nach Robert Misik (2005): Genial dagegen. Kritisches Denken von Marx bis Michael Moore. Aufbau-Verlag: Berlin. S. 125.
- (3) Zitiert nach José Bell Lara (2002): Globalization and the Cuban Revolution. Edition José Martí: Havanna. S. 5.

NY2005 REISEN MIT SCHÜTZ-MÜLLER INC.

Der altherwürdige Familienbetrieb der Schütz-Müller-Reisen erlaubte es auch heuer wieder einer erlesenen Schar von Studierenden der Universität Wien, Stadtluft zu schnuppern, intime Blicke hinter die Kulissen der Weltpolitik zu werfen und in den Zentren der Macht Designerklamotten zu erstehen.

Von Christian Haddad und Franz Brugger



Abtransport?

Bereits zum 20. Mal fand heuer die von den Gebrüdern Schütz-Müller kongenial organisierte Exkursion nach New York und Washington statt. Das runde Jubiläum soll hier noch einmal Anlass sein, dieses Programm zu würdigen, da es mittlerweile bereits einigen Generationen von Politikwissenschaftsstudierenden erlaubte, erste Kontakte mit VertreterInnen der Vereinten Nationen zu knüpfen, die es manchmal sogar ermöglichten, dort auch dauerhaft tätig zu werden.

NYNY

Das Bild des „American way of life“ ist schon nach wenigen Augenblicken unverkennbar: Small Breakfast Menues, die so gehaltvoll sind wie in Europa ein 3-Gänge-Menü, Kellnerinnen, die einen munter mit: „Hey Honey!“ begrüßen, und gehetzte Geschäftsleute mit Freisprech-Handy am Ohr, in der linken Hand ein Muffin, rechts einen Pappbecher von Starbucks, der auf Grund seiner Preise „4-Bucks“ genannt wird. Mehr noch: Starbucks fungiert als Streckenmaß, da seine Filialen in regelmäßigen, berechenbaren Abständen zu fin-

den sind: „Just walk down third avenue 'bout two Starbucks...“. Beim Sightseeing verstört immer wieder ein Satz begeisterte TouristInnen: „Sorry guys, no entry here! Why? You know, security measures...“ – noch ist der Schock nicht überwunden.

New York hat mindestens so viele Gesichter wie Grätzeln, und der ganze Charme wird erst wirksam, wenn man/frau von der Upper East Side über Downtown, von Brooklyn bis Queens alles durchforstet hat und sich vom Burger über die Spring Roll zum Schmeear auf dem Bagel durchgefressen hat. New York ist neben der erst kürzlich erfolgten Renovierung des MoMa (Museum of Modern Art) auch ein Zentrum der zeitgenössischen bildenden Künste, wie die exzellente Schau im PS1 oder die aktuelle Basquiat-Retrospektive im Brooklyn Museum of Art, um nur zwei zu nennen, erkennen lassen. Wie uns Hr. Thun-Hohenstein vom Austrian Cultural Forum (ACF) mitteilte, sei das Kunst-Business hier zwar hart, aber dafür versammle es die Besten weltweit. Selbst das ACF erfüllt hier letztendlich, trotz erklecklichen Budgets und engagierter Leitung, nur eine Nischenfunktion. Ein besonderes Highlight, und zwar nicht nur für uns, sondern auch für die Vortragenden von UNOPS & Co. stellten die kurzen Geigensoli einer unserer Studentinnen (gespielt auf einer geborgten 1 Mio\$-Geige!) dar. Die Überreichung einer Art „Treue-Urkunde“ für das zwanzigjährige Bestehen der guten Zusammenarbeit mit dem Institut für Politikwissenschaft der Uni Wien durch persönliches Engagement von Prof. Ingrid Schütz-Müller erlangte durch die Darbietung von Stücken österreichischer Komponisten einen zusätzlichen festlichen Charakter.

Die Vorträge im UN-Headquarter und dem im Art-Deco-Stil gehaltenen Chrysler-Building waren aufgrund dieser persönlichen Freundschaften stets von hohem Niveau und fanden in exklusivem Rahmen statt. Die Vortragsreihe umfasste einen großen Teil der Ressorts der UN und ihrer Spezialorganisationen. Die Briefings wurden meist von hohen EntscheidungsträgerInnen des jeweiligen Ressorts gehalten, denen allen Eines gemein war: das leidenschaftliche Engagement für die Sache.



Amish?

Höhepunkte bildeten Stars wie Edward Mortimer von der speechwriting unit des Generalsekretariats, sowie Inge Kaul, die Leiterin des Entwicklungsprogramms UNDP. Hingegen wurde bei manch einem Vortrag ein leichter Hauch von Resignation spürbar, wie etwa bei der Vorstellung des Human Development Reports. Dieser Eindruck wurde durch die Nominierung von John Bolton just in ebendiesen Tagen noch weiter verstärkt, heißt es doch immer, die UNO sei so stark wie der gemeinsame politische Wille ihrer Mitglieder. Gerade die Ablehnung, die UN-Generalsekretär Kofi Annan derzeit seitens der US-Republikaner, vor allem aber von deren radikalstem Flügel, den Neo-Cons – und damit der derzeitigen Administration – entgegenschlägt, lässt zumindest kurzfristig auf keine Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen schließen. Schließlich war es auch Annan, der die Menschenrechtsthematik an die oberste Stelle der Prioritätenliste setzte und damit bei den USA nicht unbedingt auf Gegenliebe stieß (siehe Zusatzprotokoll zum Verbot der Todesstrafe und Ablehnung des IGH).

Die Ständige Vertretung Österreichs bei der UN und die österreichische Botschaft, welchen wir ebenfalls einen Besuch abstatteten, sind derzeit hektisch mit den Vorbereitungen für den österreichischen EU-Ratsvorsitz 2006 beschäftigt. An der Columbia University bot uns der Vortrag Jack Snyders vom Institute of War & Peace Studies (man/frau bemerke die Reihenfolge) Einsichten in die aktuelle Demokratieforschung seiner Fakultät, welche aufgrund aktueller Ereignisse einer gewissen Brisanz natürlich nicht entbehrten.

Weiter nach Washington ...

Es gibt wohl keinen trostloseren Platz auf Erden als ein Marken-Outlet irgendwo im amerikanischen Hinterland und es wäre wohl kaum eines Abstechers wert, würde dort nicht, gleich nebenan sozusagen, ein ganz besonderer Menschenschlag sein Dasein fristen. Als ob wir in New York nicht schon ausreichend „Weirdos“ zu Gesicht bekommen hätten, stießen wir nun sozusagen in deren Kerngebiet vor – die amerikanische Provinz? – nein, besser: das sagenhafte Land der Amish-People. Diese Menschen leben gottergeben mit ihren Verwandten, Pferden, Kühen und Schafen in Häusern ohne Strom und Wasser. Die Geburtenrate ist sehr hoch. Nachdem dort bildungsmäßig – wir befanden uns ja nach wie vor auf einer Studienexkursion – relativ wenig zu holen war (die Erziehung dort endet nach der Volksschule, es werden jedoch Weiterbildungskurse in Pferdekutschenfahren, Häkeln und Stricken angeboten), eilten wir weiter gen das wahre Zentrum der (dunklen?) Macht.

Washington ist vor allem ein Ort nationaler Identitätsbildung der USA. Die wichtigsten Denkmäler der amerikanischen Demokratie und ihrer Kriege sowie die meisten politischen Institutionen befinden sich hier. Schwerstens bewacht, ist es eine geographisch relativ kleine



Architektur?

Zone im Zentrum, in der die Fäden der Macht zusammenlaufen. Außerhalb dieser Zone weist die Stadt eine der höchsten Kriminalitätsraten der USA auf, weshalb unser partying auf das relativ noble Uni-Viertel Georgetown beschränkt war. Ein Höhepunkt der Rundfahrt war das Geständnis eines österreichischen Studenten an der Georgetown University, dass er Madeleine Albright nach ihrer Lesung dort am liebsten ... aber lassen wir das. Auch der Besuch bei Frau Dr. Eva Novotny in der österreichischen Botschaft in Washington, wohl die Grande Dame der österreichischen Außenpolitik, welche uns Einblicke aus erster Hand in die Beziehungen Europas zu den USA gewährte, ist ein traditioneller Bestandteil der Exkursionen.

Während sich, nach Aussagen von VertreterInnen der UN in New York, die Programme der Weltbank jenen der UN-Entwicklungshilfeorganisationen immer mehr annähern, machte der Vertreter Österreichs und einer Reihe weiterer Staaten beim IWF, Dr. J. Prader, schon keinerlei Anstalten mehr, die Orthodoxie seines Welt- und Wirtschaftsverständnisses zu verbergen.

Den Abschluss der Reise bildete ein Besuch des Freiluft-Koloniezeit-Disneylands „Colonial Williamsburg“ samt Nächtigung in stilecht-amerikanischem Motel in einem Straßenkaff in Virginia. Alles in allem war die Reise eine gelungene Verquickung lebensweltlicher und politikwissenschaftlicher Erfahrungshorizontweiterungen, deren Empfehlung leider mit der Warnung verbunden ist, dass sie mit der absehbaren Pensionierung Prof. Schütz-Müllers wohl ihrem Ende zugehen wird. Wer also noch eine der letzten Gelegenheiten beim Schopf packen möchte, sei hiermit bereits aufgerufen die nächst-österliche Exkursion bei Schütz-Müller Inc. vorzubuchen – Platzmangel garantiert!

Christian Haddad und Franz Brugger,
Studenten der Politikwissenschaft

Stichwort: konservativ

Von Michael Hasenöhrl

Der Konservatismus entstand im 19. Jahrhundert als zunehmend bewußte und systematisierte Gegenbewegung zu als negativ empfundenen (Begleiterscheinungen von) wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen, politischen Ereignissen, Entwicklungen, Theorien, Konzepten wie der Französischen Revolution, Nationalismus, Liberalismus, Rationalismus, Demokratie, Sozialismus.

Der Konservatismus stand nicht zwangsläufig im Gegensatz zur Aufklärung des 18. Jahrhunderts oder zu Toleranzen, Gnaden und Fürsorge für das Volk. Alles für das Volk, nichts durch das Volk, mögen wohlmeinende Konservative ihre Haltung eines aufgeklärten Absolutismus und ihren Weg einer Revolution von oben umschrieben haben.

Als Haltung und Denkweise ist der Konservatismus überzeitlich und so alt wie die Menschen selbst. Er läßt sich im Vergleich zu seinem Gegenteil beschreiben. Die Begriffspaare lauten konservativ vs. progressiv, liberal vs. sozial. Die Unterschiede von Konservativen und Progressiven sind die von (Gutes) Bewahren und (Schlechtes) Verändern.

Für Konservative sind Veränderungen zu begründen, für Progressive ist das Bestehende begründungspflichtig. Progressive glauben an den Fortschritt (das Gute liegt in der Zukunft, das Neue ist gut, das Alte ist schlecht), Konservative an den Niedergang (alles wird schlechter, die gute alte Zeit).

Wer wagt gewinnt, sagen Progressive, zur vorsichtigen Prüfung und (gesunden) Skepsis gegenüber dem Neuen raten Konservative. Konservative sehen das Risiko, Progressive die Chance; Konservative sehen Entwicklungen pessimistisch (Globalisierung pfui), Progressive optimistisch (Globalisierung hui).

In normativen Fragen verfolgen Konservative die induktive Methode (Sein --> Sollen) im Großen und die deduktive Methode (Sollen --> Sein) im Kleinen, bei Progressiven ist es umgekehrt.

Die Zeit ist ein Kreis, empfinden Konservative; die Zeit ist ein Pfeil, empfinden Progressive. Konservative sind geschichtsbewußt: nihil novo sub sole (nichts Neues unter der Sonne), alles schon dagewesen.

Konservatismus entspringt auch der Suche nach einer heilen Welt (dem verlorenen Paradies statt dem progressiven Himmel auf Erden) und ist, verbunden mit Resignation angesichts unerfüllter Träume, eine natürliche Folge des Alters.

Renegaten werden Fanatiker, aus der 1968er Generation sind Manager und Machtpolitiker geworden. Viele Wendehälse leben nach dem zynischen Motto: Wer mit 20 nicht links ist, hat kein Herz, wer es noch mit 30 ist, hat kein Hirn. Dazu: Die Jungen glauben, mit ihnen beginne die Welt; die Alten glauben, mit ihnen ende die Welt; was ist schlimmer?

Reformkonservative verschließen sich nicht jeder Veränderung, doch sie wollen Evolution statt Revolution (Reformen im System): eine perfekte Beschreibung der evolutionären Sozialdemokratie im Gegensatz zum revolutionären Sozialismus. Es muß sich alles ändern, damit alles gleich bleibt, sagten Lampedusa im „Leopard“ und Franz Vranitzky in seiner Regierungserklärung 1995. Die Formen wechseln, die Inhalte bleiben.

Verteidiger des status quo wollen erreichte Errungenschaften bewahren (es kommt nix Besseres nach): der linke Flügel der Sozialdemokratie in der Gegenwart.

Reaktionäre wollen das Gute von Gestern wiederherstellen: Neoliberale und der rechte Flügel der Sozialdemokratie. Reaktionäre sind fast eher Progressive als Konservative, denn die Veränderungsscheu des Konservatismus bezieht sich auch auf eine Veränderung zurück in die Zukunft.

Jede politische Kraft ist notwendigerweise konservativ und progressiv, liberal und sozial, nur die Akzente sind verschieden. Beide Haltungen haben ihre Berechtigung und sollten in jedem Menschen vereinigt sein; die Kunst besteht darin zu fühlen, wann welche das Gebot der Stunde ist.

Leitbegriffe und -vorstellungen des Konservatismus im 19. Jahrhundert waren darüber hinaus das Gefühl, die Moral (die als innerer Antrieb, Stimme des Gewissens und Über-Ich meist mit der äußerlich zu befolgenden Sitte verwechselt wurde), die Religion (die als „Moral“ mißverstanden wurde), das Wahre, Gute und Schöne, die Gemeinschaft (gegenüber Individualismus, der als Egoismus mißverstanden wurde), aber gegen Masse und Klasse (Altruismus wurde oft als Kollektivismus mißverstanden und vice versa), Volk statt Nation (später symbiotisch als Nationalkonservatismus) und deren mythische Ursprünge, Stand (jeder auf „seinem Platz“), die Familie als Keimzelle des Staates, die Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft, Bürgerpflichten, Gemeininn, Fürsorge, Wohltätigkeit, die Geschichte, Tradition, Stil, Geschmack, gutes

Benehmen, Autorität, Legitimität (bezieht sich heute genauso auf Verfassung und Demokratie), Institutionen (heute: Rechtsstaat), Recht und Ordnung (law and order), Kosmos statt Chaos, Sicherheit, Stabilität, Kontinuität, Realismus und Realpolitik gegenüber Utopien und großen Entwürfen (obwohl der aristokratisch-religiöse Konservatismus selbst in teils legendären, mystischen Wurzeln gründete), eine Politik der kleinen Schritte, Mäßigung statt Radikalität (wieder ein Hinweis, daß Reaktionäre eigentlich nicht Konservative sind).

Viele Leitbegriffe des Konservatismus lassen sich sozial oder liberal auslegen, nur nicht progressiv. Sie sind nicht Inhalt, sondern Form.

Dieser ambivalente Charakter der historischen konservativen Leitbegriffe ergibt sich aus dem Charakter des Konservatismus als Gegenströmung oder Trägheitsmoment gegenüber den jeweiligen Neuerungen; deren Veränderlichkeit entsprechend ändern sich auch fortlaufend die positiv und negativ besetzten Begriffe des Konservatismus.

Soziale Träger des Konservatismus im 19. Jahrhundert waren vor allem der landbesitzende Adel (im Gegensatz zum Geldadel der Industriellen) und die Priesterschaft aller großen christlichen Religionsgemeinschaften; die sich beiden Gruppen verbunden fühlenden Menschen; jene die aufgrund ihrer zwischenmenschlichen Erfahrungen mit der alten Ordnung zufrieden waren; alle, denen von den neuen Entwicklungen Nachteile drohten, wie den Handwerkern durch Massenproduktion und Wirtschaftsmacht von Fabriken und Industrie; jene die nicht die negativen Erfahrungen der Arbeiter im neuen Kapitalismus gemacht hatten, oder die nicht als Wirtschaftstreibende von der neuen Zeit profitieren würden, sondern die außerhalb des neuen Systems im Kreislauf der Landwirtschaft und in der Lebenswelt der Bauernzeit verblieben waren.

Diese Gruppen wollten den für sie günstigen status quo erhalten und wurden daher zu Konservativen, auch wenn sie vordem vielleicht Progressive gewesen waren. Selbst die Vorgänger der konservativen Monarchen waren einst Vorreiter des Nationsbewußtseins und der absolutistischen Rationalisierung gewesen.

Konservativ wurden die Bürger, sobald sie selbst erreicht hatten, was sie wollten: die Arbeiter mußten ihre Gleichberechtigung gegen die ehemaligen Liberalen erkämpfen. Als die Arbeiter im 20. Jahrhundert ihre Ziele erreicht hatten und größtenteils zu Angestellten aufgestiegen waren, wurden sie selbst konservativ. Die Progressiven des 18. Jahrhunderts waren die Konservativen des 19. Jahrhunderts, die Progressiven des 19. Jahrhunderts die Kon-

servativen des 20. Jahrhunderts. Siegt der Neoliberalismus, werden die Progressiven des 20. Jahrhunderts die Konservativen des 21. Jahrhunderts sein.

Ob sich die Einzelnen der einen oder anderen Richtung zuwandten, hing davon ab, wie weit das eigene Gerechtigkeitsgefühl aus persönlichen Erfahrungen gegen kapitalistische Ausbeutung, gegen die im Absolutismus durchgesetzte und in der Revolutionszeit illegitimierte Diktatur, gegen den durch absolute Monarchen seiner Funktionen entkleideten Adel rebellierte, und wie sehr der Aufstieg des rationalistisch-mechanischen Weltbildes das Gefühl der Religion zerstörte.

Es gab nicht wenige Reformer, d.h. angesichts des damaligen status quo: sozial Engagierte, und progressive Initiativen in und aus Adel und Klerus. Wo christliche Religionsgemeinschaften keine Nutznießer der bestehenden Ordnungen waren, wie z.B. die Katholiken in Britannien, waren sie überhaupt geschlossen für Veränderungen und Freiheiten.

Letztlich, könnte man meinen, traten und treten die Gruppen und Einzelnen, ob Adel, Priester, Bürger oder Arbeiter, von bewundernswerten Romantikern und Altruisten (wie den bürgerlichen Anführern der Arbeiterbewegung) abgesehen, zu allen Zeiten für ihre jeweiligen (gruppen)egoistischen Interessen ein.

MMMag. Michael Hasenöhr

ist Absolvent des ipw.

Empfehlenswert zum Thema:

GAULAND, Alexander: Anleitung zum Konservativsein. Zur Geschichte eines Wortes, Stuttgart u.a., DVA, 2002

KEKES, John: A case for conservatism, Ithaca (N.Y.) et al., Cornell University Press, 2001

MULLER, Jerry Z. (ed.): Conservatism. An anthology of social and political thought from David Hume to the present, Princeton (NJ), Princeton University Press, 1997

RILL, Robert (Hrsg.): Konservativismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute, Graz u.a., Stocker, 1999

SCHRENCK-NOTZING, Caspar von (Hrsg.): Stand und Probleme der Erforschung des Konservatismus, Berlin, Duncker und Humblot, 2000

Demokratie und Kritik

Von Katharina Zahradnik

Die Politikwissenschaft in Österreich ist eine vergleichsweise junge Wissenschaft. 2004 feierte sie ihren erst vierzigjährigen Bestand. Unter der Herausgeberschaft eines Professors unseres Instituts, Helmut Kramer, entstand anlässlich dieses Jubiläums der Sammelband „Demokratie und Kritik – 40 Jahre Politikwissenschaft in Österreich“, der dem state of the art der Politikwissenschaft in Österreich gewidmet ist.

Der Band umfasst sechzehn Essays, die aus unterschiedlichen Perspektiven einen informativen Überblick über die Entstehungskontexte, den Entwicklungsverlauf und die Leistungen der Disziplin in Österreich geben. Ein erster Schwerpunkt von „Demokratie und Kritik“ liegt in der allgemeinen Bilanzierung der österreichischen Politikwissenschaft. Daneben befassen sich die verschiedenen Beiträge aus mehreren Blickwinkeln mit Entwicklungen in der Genderforschung, im Gebiet der Internationalen Politik, der Europaforschung und mit neueren transdisziplinären Ansätzen. Aber nicht nur der vierzigjährige Bestand der österreichischen Politikwissenschaft ist Anlass für das Erscheinen dieses Buches. Der Band ist vor allem auch Eva Kreisky gewidmet, die 2004 ihren sechzigsten Geburtstag feierte. Und so enthält er auch ein eingehendes und interessantes Interview mit dieser Professorin unseres Instituts, die nicht nur als Forscherin sondern auch innerhalb ihrer langjährigen Tätigkeit als Vorständin des Wiener Instituts die Entwicklung der österreichischen Politikwissenschaft maßgeblich mitgestaltete. Das Buch bietet nicht nur Betrachtungen von in Österreich arbeitenden WissenschaftlerInnen auf das Fach, es bietet auch Außenansichten, wie die von Prof. Heinisch, der an der University of Pittsburgh in den USA lehrt und der in seinem Artikel die grundsätzlich verschiedene Selbstauffassung der Disziplin in den USA und Österreich vergleicht.

„Demokratie und Kritik“ richtet den Blick nicht nur auf die vergangenen Leistungen der österreichischen Politikwissenschaft. Fast alle Beiträge befassen sich auch damit, welche Pfade die Disziplin in Zukunft annehmen könnte und sollte. Es ist gerade diese auch nach vorne gerichtete Perspektive, die „Demokratie und Kritik“ besonders lesenswert macht.

Katharina Zahradnik

Redaktionsmitglied
und Studienassistentin am ipw

Kramer, Helmut (Hg.): Demokratie und Kritik – 40 Jahre Politikwissenschaft in Österreich. Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main, 2004. 374 Seiten, broschiert, für Studierende am Institut um €18,- erhältlich.

Die Nadel im Seifenhalter



neuer Text...

Lesung

von Martin Mittersteiner

Eintritt frei



Mi, 30. Nov '05, 19h
unsagbar - pub & trödel
Kaiserstr. 76, Wien-Neubau
mehr auf www.mittersteiner.at.tt

ecker & partner

Hill & Knowlton's Austrian Associate



Transport der Pummerin von Linz nach Wien, 25. 4. 1950

„Ich bin mittlerweile auf eine fast widerliche Art verständnisvoll geworden.“ Harald Schmidt

Ecker & Partner Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying | Telefon +43 (0)1 59932-0 | www.eup.at